

# Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.  
 Postscheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262  
 Postscheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer, Berlin  
 Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148  
 Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend  
 Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt  
 Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

## Der unselige Streit

F. K. Deutschlands Bedarf an gefährlicher Kurzweil ist zur Zeit überreichlich gedeckt. Eine beispiellose Arbeitslosigkeit bedrückt oder empört die Geister, in keinem deutschen Lande eine einigermaßen gefestigte Regierung, auf parlamentarischem Boden zunehmende Faustkämpfe und im Reiche selbst ist man keine Stunde vor peinlichen Überraschungen sicher. Just zu solcher Stunde soll die deutsche Vertretung nach Lausanne gehen, um den unseligen Streit, um die Reparationen aus der Welt zu schaffen.

Die Reparationskonferenz, die am 16. Juni in Lausanne zusammentritt, sollte schon im Januar stattfinden. Sie wurde damals vertagt aus Gründen, die uns jetzt nicht kümmern sollen. Die Vertagung wurde vielerorts nicht gerade tragisch genommen; offenbar meinte man, mit ein paar Monaten Zeit sei zwar nicht alles gewonnen, aber doch vieles, jedenfalls eine bessere Atmosphäre für die Regelung des unheilvollen Problems. Welch ein Irrtum! Seit Januar haben sich wesentliche Vorbedingungen für die Regelung erheblich verschlechtert. Die beteiligten Regierungen sind sich inzwischen nicht nähergekommen; das gegenseitige Verhältnis ist durch innere Schwierigkeiten, Zollmauern, Meinungsverschiedenheiten und Mißtrauen noch trüber geworden. Das müßte eigentlich den Wunsch verstärken, den Streit der internationalen Streitigkeiten, die Reparationsfrage, endlich aus der Welt zu schaffen. Dies wird denn auch allwärts in steigendem Maße gefordert. Allein, zwischen Forderung und Erfüllung liegt hier ein schier unübersteigbares Hindernis.

Von welcher Seite man auch die Suche nach Möglichkeiten für die Lösung der Reparationsfrage beginnen mag, sie stockt immer an dem Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland. Hier liegt der Ausgangspunkt der Lösung, hier freilich auch ihre größte Schwierigkeit. Verschiedentlich ist die Lösung über dieses Verhältnis hinweg versucht worden. Jedesmal ist dabei weiter nichts herausgekommen, als eine üble und für Deutschland eine sehr kostspielige Erfahrung. Es gibt eben keine Lösung des Reparationsstreits ohne ehrliche Verständigung mit Frankreich.

Diese eherne Tatsache ist leider auf deutscher Seite nie genügend erfaßt und nie gebührend beherzigt worden. Sie hat viel zu lange geglaubt, mit diplomatischen Winkelzügen oder starken Gesten Seide auf ihre Spule zu bringen. Die Folgen dieser Unklugheit hat das deutsche Volk teuer bezahlen müssen, und bezahlt sie noch heute. Dafür wird von Millionen von Deutschen — Frankreich äußerst ranzig gehechelt: sein Machtdünkel, sein Siegeswahn, seine Tributgier wolle nun einmal nicht zulassen, daß Deutschland von der zermalmenden Last der Reparationen erlöst werde.

Zweifelsohne gibt es in Frankreich einen kleinen und mächtigen Kreis, der alles daran setzt, daß die Reparationen, dieser entsetzliche Zankapfel zwischen Deutschland und Frankreich, erhalten bleibt. Es sind dies insbesondere die Munitionäre, die Schwerindustriellen, die sich die Erhaltung des Streits zwischen den beiden Völkern sehr angelegen sein lassen. Besonders bei den jüngsten Kammerwahlen hat die Presse der französischen Schwerindustriellen jedes von deutscher Seite ausgesprochene unkluge oder dumme Wort aufgefangen, aufgebauscht, verdreht und tausendfältig verbreitet, um ja das gegenseitige Mißtrauen lebendig zu halten und zu steigern. Somit tut also die Presse der französischen Munitionäre nichts anderes, als was die Presse der deutschen Munitionäre, die freigebigen Gönner des Nationalismus, tut.

Nun besteht freilich nicht ganz Frankreich aus Munitionären. Die überwältigende Mehrheit des französischen Volkes läßt sich, wie die jüngsten Kammerwahlen zur Genüge zeigen, von den gewinnsüchtigen Munitionären wenig beeinflussen. Es verhält sich der wilden nationalistischen Propaganda gegenüber auffällig kühl und läßt sich selbst durch die heftige Hochflut des Nationalismus in Deutschland nicht nervös machen. Es stimmte in erstaunlich hoher Zahl für die linksstehenden Parteien. Infolgedessen wird der nächste französische Ministerpräsident nicht mehr ein Tardieu oder Laval sein, sondern der Radikalsozialist Herriot.

Auch ohne dieses Ergebnis der Kammerwahlen weiß jeder halbwegs Kundige, daß die überwältigende Mehrheit der Franzosen Verständigung und Frieden mit dem deutschen Volke dringend wünscht. Sie hat auch volles Verständnis für die Beschwerden der Deutschen, ist auch nicht abgeneigt, ihnen zu helfen und in der Reparationsfrage entgegenzukommen. Nur meint die Mehrheit der Franzosen, etliche Sicherheit dafür haben zu müssen, daß ihre Hilfe oder Entgegenkommen nicht zu einer Gefahr für sie gewandelt werde, zum mindesten aber glaubt sie, erwarten zu dürfen, daß ihre Bereitwilligkeit nicht als Schwäche verunglimpft oder, wie beispielsweise die Rheinlandräumung, nicht mit bitteren Vorwürfen und weiteren Forderungen bedacht werde. Die Mehrheit der Franzosen meint, all das billigerweise verlangen zu können, zumal jetzt, wo die nationalsozialistische Hochflut in Deutschland beispiellos emporbrandet und niemand weiß, wer morgen die deutschen Geschicke leitet. Weiter meint man in Frankreich, daß

die Art, wie die deutsche Regierung die Regelung der Reparationsfrage auffasse, recht bedenklich sei. Anstatt in Lausanne mit den Gläubigern zu verhandeln, habe der Reichskanzler kurz und bündig erklärt, Deutschland könne nicht mehr zahlen, was in Frankreich auch beim besten Willen nicht anders zu deuten sei, Deutschland wolle nicht mehr zahlen. In diesem Falle habe es eigentlich gar keinen Zweck, noch in Lausanne zusammenzukommen. Man dürfe es daher selbst den hilfsbereitesten Franzosen nicht übelnehmen, wenn sie etwas stutzig seien und einige Bedingungen stellten.

Das sind, in ein paar Sätze gepreßt, die Gedanken der gewöhnlichen französischen Bürger über die Reparationsfrage. Um die Billigkeit dieser Gedanken richtig beurteilen zu können, muß man sich in die Haut des französischen Bürgers versetzen und sich zu vergegenwärtigen suchen, welche Wirkung die Reden und Gesten der deutschen Obrigkeit und ihrer Artverwandten auf ihn, den gewöhnlichen französischen Bürger, machen. Die Meinungen und Gefühle der großen Masse der Franzosen kann natürlich keine französische Regierung außer Betracht lassen. Jede Regierung, wie verständigungsbereit sie auch sei, muß diesen Meinungen und Gefühlen Rechnung tragen. Und ohne Einwilligung der französischen Regierung ist eine einigermaßen zufriedenstellende Lösung des unheilvollen Problems nicht gut denkbar.

Demnach lautet die Prognose für die Lausanner Konferenz ziemlich trübe. An eine endgültige Lösung ist

dort unter keinen Umständen zu denken. Wenn nicht alles trügt, wird es nur zu einer Verlängerung des Hoover-Moratoriums, zu einer weiteren Aufschiebung der Zahlungen, kommen. Vielleicht auch noch zu weiteren Konzessionen, wenn dort die deutsche Regierung nur etwas klüger auftritt als in der letzten Zeit. Vor allem sollte sie es sich nicht mehr einfallen lassen, den Nationalsozialisten den Donner zu stehlen. Die fremden Mächte haben dafür kein Verständnis.

Es muß alles verhütet werden, was eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland hemmen könnte. Andernfalls geht der stille Krieg zwischen Deutschland und Frankreich weiter. Der Krieg, der in sehr starkem Maße die Ursache der Wirtschaftskrise und ihrer Verschlimmerung ist. Was uns der Reparationsstreit kostet, haben wir schon bei der Ruhrbesetzung erfahren. Wir haben 16 bis 20 Goldmilliarden durch den Ruhrkampf verloren — wegen der Nichtlieferung von 1½ Millionen Tonnen Kohle, 131 000 Telegrafentangen und 21 000 Kubikmeter Holz. Diese 20 Milliarden, so ungeheuerlich sie sind, sind jedoch nur eine Winzigkeit im Vergleich zu den Verlusten, die uns die Wirtschaftskrise mit der daraus sprießenden nationalsozialistischen Hochflut kostet — weil wir die anderthalb Milliarden für Reparationen nicht zahlen. Und was durch die Fortdauer dieses Krieges zwischen Deutschland und Frankreich noch zu den Geldverlusten kommen kann, wagt man gar nicht auszudenken. Es steht Ungeheuerliches für das deutsche Volk in Aussicht. Darum muß es inbrünstig wünschen, daß es endlich zu einer Verständigung mit Frankreich und zu einer halbwegs zufriedenstellenden Regelung des unseligen Reparationsstreites kommt. Davon hängt sehr viel für unser Schicksal ab. Viel mehr, als man gemeinhin annimmt.

## Sprechende Zahlen

### Die Jahresabrechnung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

gibt ein anschauliches Bild von der deutschen Wirtschaft, wie sie sich durch die kapitalistische Fehlwirtschaft und die Weltkrise entwickelt hat, und unserer Verbandsarbeit in der schlimmsten Krisenzeit. Die dürren Zahlen reden für den, der sie zu lesen versteht, eine lebendige Sprache. Hierin kommt das Elend der Arbeiter und Deutschlands Not zum Ausdruck.

Das Berichtsjahr 1931 zeigt noch nicht den Höhepunkt der Wirtschaftskrise. Der Abschluß 1928 war die Abrechnung eines Kampffjahres, in dem es gelungen war, die Arbeiterlöhne durch hartnäckige Kämpfe in die Höhe zu bringen. In diesem Jahr überwog die Streikunterstützung ganz beträchtlich. Der Verband gab allein 16 Millionen für Streikunterstützung aus. Daneben liefen aber schon die sozialen Unterstützungen, besonders die Arbeitslosenunterstützung, in einer Höhe von 16 Millionen. 1929 setzte dann die Krise ein. Das Kassenbild verschob sich. Die Verbandskasse mußte allein 22 Millionen für die Arbeitslosen aufbringen. Die Krise hinderte unsere Kämpfe, die Streikunterstützung sank auf 3 Millionen herab. Im Jahre 1930 schwoll die Arbeitslosigkeit. Das Heer der arbeitslosen Verbandskollegen mußte von der Verbandskasse über Wasser gehalten werden; 36 Millionen Mark waren dazu nötig. Trotz der Krise versuchte der Verband, dem drohenden Lohnabbau zu begegnen, die Streiktätigkeit blieb lebendig, und die Verbandsmittel, die als Streikunterstützung ausgegeben werden mußten, wuchsen an. Die Arbeitslosigkeit hat einen derartigen Umfang angenommen, daß die laufenden Verbandseinnahmen vollständig den Mitgliedern als Unterstützung zurückgeflossen sind. Die vorliegende Abrechnung zeigt wiederum die gewaltige Summe von 28 Millionen Mark für soziale Unterstützungen. Wenn auch die Streikunterstützung zurückgegangen ist, so beweist die Zahl doch, daß auch in diesem Krisenjahr der Verband vor Kämpfen nicht zurückgeschreckt ist.

Aus dem Studium des Rechnungsberichtes kann jedes Mitglied ersehen, was mit den Verbandsbeiträgen geschieht. Es ist eine bekannte Erscheinung, daß in der Krise unsere gesamte Gegnerschaft mit Verdächtigungen arbeitet, um den Verband zu schwächen und zu schädigen. Dabei spielt der hämisch versteckte Hinweis auf unklare Finanzgebaren immer eine große Rolle. Auf diesem Gebiet haben sich in letzter Zeit die Nazis und Kozis überboten. Hier liegen unsere Zahlen offen vor aller Augen. Geheimnisse gibt es nicht. Die Hauptkasse balanciert in Einnahmen und Ausgaben mit einer Summe von 41½ Millionen. Als Ausgaben für soziale und Streikunterstützungen sind allein drei Viertel der Gesamteinnahmen an die Mitglieder zurückgeflossen. Daneben hat der Verband selbstverständlich Summen für die Bildung, Werbung und Erhaltung seiner Mitgliedschaft und seines Betriebes aufbringen müssen. Das Finanzgebaren unseres Verbandes hält jeder Kritik stand. Inzwischen sind durch umfassende Sparmaßnahmen auch die allerletzten Mittel für den Kampf freigemacht worden.

Trotz der Schwere der Zeit ist es gelungen, die Kampfkraft unseres Verbandes zu erhalten. Das wurde durch die Treue und die Opferwilligkeit unserer Kollegenschaft ermöglicht. Doch haben wir noch nicht gesiegt. Die

Wirtschaftsnot ist noch im Steigen begriffen. Der Zerstörungswille unserer Gegner ungebrochen. Die Nutznießer der kapitalistischen Ausbeutung und Profitwirtschaft sind immer noch von dem Wahn besessen, in dieser Krise unter allen Umständen die Arbeiterverbände mit zu vernichten. Darum dürfen wir nicht nachgeben. Der Verband muß gerüstet und in alter Kampfkraft erhalten bleiben. Wir wissen, daß der Geldschrank in den Kämpfen der Arbeiterklasse nicht ausschlaggebend ist. Wir wissen aber ebensogut, daß gesunde Verbandsfinanzen eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Kampfführung sind. Oft ist von Kollegen die Frage aufgeworfen worden, ob der Verband überhaupt die Lasten, die ihm durch die Krise auferlegt werden, zu tragen vermag. Bisher hat der Verband allen Belastungen standgehalten. Die Abrechnung gibt Zeugnis davon. Ob der Verband weiter gerüstet bleibt, das hängt von dem Willen seiner Mitgliedschaft ab. In Kürze ist unser Verbandstag, und er wird sich ganz besonders mit den Kassenverhältnissen des Verbandes befassen müssen. Eines steht aber heute schon unerschütterlich fest: unserer Gegnerschaft wird es nicht gelingen, den Deutschen Metallarbeiter-Verband zu zerstören. Der Verband wird die Krise überstehen, denn er ist auf der Solidarität und der Disziplin der organisierten Metallarbeiterschaft aufgebaut.

### Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse im Jahre 1931

	Einnahmen:	RM	RM
Kassenbestand vom 31. Dezember 1930			10 146,73
A. An Beiträgen und Beitrittsgeldern			5 108 069,58
Aus Lokalkassen			360 470,—
B. Sonstige Einnahmen:			
An Abhebung von den Banken	7 448 977,13		
An Ersatzbücher	3 466,50		
An Betriebsräte-Zeitschriften	34 340,—		
An zurückbezahlte Darlehen	133 036,53		
An Kapitalzinsen u. sonst. Einnahmen	2 261 661,37		9 881 481,53
			15 360 167,84

	Ausgaben:	RM	RM
Agitation		587 761,15	
Informationsreisen und Konferenzbesuche		14 390,20	
Metallarbeiter-Zeitung		966 831,87	
Metallarbeiter-Jugend		65 154,29	
Betriebsräte-Zeitschriften		51 943,25	
Bildungskurse		173 412,42	
Beiratssitzungen		32 326,95	
Konferenzen und Verhandlungen		62 870,45	
Gewerkschaftskongreß Frankfurt a. M.		15 050,50	
Reichsbetriebsräte-Konferenz		10 135,35	
Beiträge an den ADGB		308 469,75	
Aufrechterhaltung intern. Beziehung.		21 821,60	
Kranken- und Angestelltenvers.-Beitr.		35 988,87	
Pensionskasse		168 520,44	
Darlehen		89 036,53	
Kontokorrent-Konto		6 846 338,53	
Zuschüsse an Verwaltungsstellen		5 217 158,20	
Umzugskosten nach Berlin		3 551,10	14 670 761,45

# Anträge zum Verbandstag in Dortmund

Übertrag: RM 14 670 761,45

**Verwaltungskosten:**

<b>A. Persönliche:</b>		RM
Gehälter an Vorstand	59 509,50	
Gehälter an Angestellte	198 395,90	
Sitzungsgelder	4 188,52	
Für den Verbandsausschuß	300,-	262 393,92
<b>B. Sächliche:</b>		
Druckarbeiten	216 334,61	
Bibliothek	21 675,71	
Büromiete	114 879,-	
Zeitungssubskriptionen	2 521,95	
Pack- und Schreibmaterial	7 218,77	
Fracht, Porto und Telefon	31 905,87	
Prozeß- und Anwaltskosten	16 312,33	
Sonstige Ausgaben	9 281,04	420 129,28
Kassenbestand am 31. Dezember 1931		6 883,19
		15 360 167,84

## Rechnungsabschluß für das Jahr 1931

<b>Einnahmen:</b>		RM	RM
Kassenbestand v. 31. Dezember 1930			934 164,50
Beitrittsgelder und Beiträge	30 062 486,10		
Aus Lokalkassen überwiesen	360 470,-		
Kapitalzinsen und sonst. Einnahmen	10 149 608,38		40 572 564,48
			41 506 728,98

<b>Ausgaben:</b>		RM	RM
Agitation	610 387,25		
Informationsreisen und Konferenzbesuche	14 390,20		
Metallarbeiter-Zeitung	966 831,87		
Metallarbeiter-Jugend	65 154,29		
Betriebsräte-Zeitschriften	51 943,25		
Reisegelder	47 219,40		
Umzugsunterstützung	26 839,60		
Erwerbslosenunterstützung:			
a) Krankheit	3 921 014,70		
b) sonstige Ursachen	22 979 668,61		
Streikunterstützung	1 742 886,45		
Maßregelungsunterstützung	163 877,80		
Unterstützung in Notfällen	177 063,95		
Invalide	564 640,89		
Sterbegeld	424 460,40		
Rechtsschutz	79 129,74		
Aufrechterhaltung intern. Beziehung.	21 821,60		
Darlehen	89 036,53		
Beiratssitzungen	32 326,95		
Konferenzen u. zentr. Verhandlungen	62 870,45		
Reichsbetriebsräte-Konferenz	10 135,35		
Gewerkschaftskongreß Frankfurt a. M.	15 050,50		
Beiträge an den ADGB	308 469,75		
Bildungskurse	173 412,42		
Beiträge für Pensionskasse	168 520,44		
Kranken- u. Angestelltenvers.-Beitr.	209 957,87		
Übersiedelung nach Berlin	3 551,10		
Kontokorrent-Konto	6 846 338,53		39 776 999,89

**Verwaltungskosten:**

a) persönliche	262 393,92	682 523,20
b) sächliche	420 129,28	421 825,66
Sonstige Ausgaben		41 506 728,98
Kassenbestand am 31. Dezember 1931:		
a) Hauptkasse	6 883,19	625 380,23
b) Lokalkassen	618 497,04	

Berlin, 26. Mai 1932.

Kassierer: Ernst Schäfer, C. Schott.

Geprüft und für richtig befunden:

Für den Verbandsausschuß: R. Weißig, F. Siegel, W. Baumann.

## Rechnungsabschluß der Lokalkassen für das Jahr 1931

<b>Einnahmen:</b>		RM
Kassenbestand vom 31. Dezember 1930	9 501 935,61	
Lokale Zuschläge	11 276 764,36	
Sonstige Einnahmen	1 061 014,40	
Von der Hauptkasse überwiesen	441 847,93	
	22 281 562,30	

<b>Ausgaben:</b>		RM
Gehälter der Geschäftsführer u. Aushilfsarbeiter	3 486 416,38	
Entschädigung an die Ortsverwaltung	368 928,83	
Für Beitragssammler und Zeitungssportreuer	2 584 017,86	
Für Porto, Schreibmaterial, Drucksachen	387 712,03	
Für Büroeinrichtung, Miete, Heizung, Licht usw.	1 068 267,69	
Für Bibliotheks- und Bildungszwecke	426 844,75	
Agitation, Flugblätter, Inserate	1 191 728,45	
An durchreisende Kollegen	110 121,20	
An kranke Mitglieder	73 274,10	
An arbeitslose Mitglieder	1 521 751,71	
Bei Streiks und Lohnbewegungen	363 889,51	
Bei Verhandlungen	148 263,73	
Bei Maßregelungen	18 952,09	
In besonderen Notfällen	356 855,61	
In Sterbefällen	203 442,03	
Für Ortsausschuß des ADGB, Arbeiterssekretariat	1 352 759,22	
Soziale Beiträge	450 498,77	
Sonstige Ausgaben	95 460,88	
Der Hauptkasse überwiesen	579 462,43	
	14 788 647,27	
Kassenbestand am 31. Dezember 1931	7 492 915,03	
	22 281 562,30	

## Berichtigung

Von der Reichsleitung der NSDAP, Reichsbetriebszellen-Abteilung in München geht uns unter Bezugnahme auf § 11 des Reichspressengesetzes folgende Berichtigung zu:

In der Nr. 21 Ihrer Zeitung vom 21. Mai d. J. veröffentlichten Sie einen Artikel, überschrieben: „Die Nazis entlarven sich“, in dem ein angebliches Rundschreiben bzw. vertrauliche Richtlinien besprochen und kommentiert werden, die von der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Reichsbetriebszellen-Abt., für die Arbeit in den Betriebszellen herausgegeben worden sein sollen. Dazu stellen wir fest:

1. Das besprochene Rundschreiben bzw. die besprochenen Richtlinien sind niemals ergangen.
2. Auch sonst, bei anderer Gelegenheit, oder in irgend welcher anderer Form sind niemals dergleichen oder ähnliche Richtlinien, Anweisungen oder Gedanken usw. mitgeteilt oder auch nur erwogen worden.

Eine preßgesetzliche Berichtigung muß bekanntlich gebracht werden, auch wenn sie unrichtig ist. Wir kommen auf diese Sache noch zurück. Schriftleitung.

## Zur Tagesordnung:

J. Walcher und A. Enderle, Berlin, W. Müller u. Gen., Gevelsberg. An Stelle Punkt 3 der Tagesordnung wird folgendes Thema aufgestellt: Wirtschaftskrise, Faschismus und die Aufgaben der Gewerkschaften.

Rostock; K. Bergmann u. Gen., Grüns; O. Linke u. Gen., Weissenfels; K. Pascher, Ruhla; Revolutionäre Opposition in Suhl; Joh. Syndikus u. Gen., Dortmund. Der Punkt 3 der Tagesordnung lautet: Der Kampf der Metallarbeiter gegen die imperialistische Kriegsgefahr und den Faschismus. Dabei ist ein Korreferent zuzulassen.

A. Schwarick u. Gen., Weissenfels. Einem Vertreter der Opposition ist zum Vorstandsbericht über das Arbeitsbeschaffungsprogramm als Korreferent das Wort zu geben.

Halle a. S. Im Geschäftsbericht sind besonders zu behandeln und die Stellung des Vorstandes ist darzulegen zur Frage der Weltwirtschaftskrise, Kapitaloffensive, Faschismus und imperialistischen Kriegsgefahr.

## Allgemeine Verbandspolitik

Chemnitz. Angesichts der ungeheuren Notlage Millionen Arbeitsloser ist es notwendig, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit eintritt. Gemessen an den technischen Fortschritten, eine unumgängliche Notwendigkeit.

Ferner muß das Realeinkommen gesteigert werden. Der Lohnanteil am Produkt geht dauernd zurück, im selben Maße steigt die Ausbeutung der Arbeitskraft.

Die Durchführung dieser Forderungen wird auf den stärksten Widerstand der kapitalistischen Klasse stoßen. Die Sanierung des kapitalistischen Systems wird nur auf Kosten der Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiterklasse erfolgen. Bei den Abwehr- und Kampfmaßnahmen ist es erforderlich, daß die Zusammenfassung aller gewerkschaftlichen und politischen Organisationen durchgeführt wird.

Neben diesen Gegenwartsaufgaben muß die Umgestaltung der Wirtschaft mehr in den Vordergrund der Propaganda gestellt werden. Der Verbandstag beschließt deshalb, daß die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen mit den ihnen politisch verbundenen Organisationen einen umfassenden Plan der Vergesellschaftung der Industrie aufstellen.

Das bestehende Mißverhältnis zwischen Produktionsfähigkeit und Unterkonsumtion kann nur durch planvolle Organisation der Wirtschaft beseitigt werden.

Der DMV als stärkste Organisation hat die Aufgabe, in dieser Beziehung richtunggebend die Entwicklung der Eisenindustrie zur Sozialisierung tatkräftig zu fördern.

Freiburg i. Schles. Die kapitalistische Krise verschärft sich von Tag zu Tag. Immer deutlicher zeigt es sich, daß mit kapitalistischen Mitteln aus dieser Krise nicht mehr herauszukommen ist. Nur der Sozialismus wird wieder Arbeit und Brot bringen.

Deshalb wolle der Verbandstag beschließen, die Politik der Organisationen heranzureißen und außerhalb des Parlaments den Kampf um die Durchführung des Sozialismus zu führen.

Leichtershausen. Die Mitgliederversammlung ersucht den Verbandstag, alle Kräfte für die Durchführung folgender Forderungen einzusetzen:

1. Grundsätzliche Abkehr von der Tolerierungspolitik, Aufhebung aller Notverordnungen, weil sie nur gegen die Arbeiterklasse gerichtet sind, daß Einkommen der Werktätigen kürzen und sie belasten. Einstellung aller Subventionen und Zahlung an die Kirche und Fürsten. Aufhebung aller die Massen belastenden Steuern und Zölle auf den Massenverbrauch. Rückzahlung der gestundeten Steuern und der Subventionen. Steuerliche Belastung des Besitzes.
2. Rückgängigmachung des Lohnabbaues und Wiederherstellung der tariflichen Rechte der Gewerkschaften, Aufhebung der Schlichtungsordnung. Gesetzliche 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.
3. Rückgängigmachung aller Verschlechterungen der Erwerbslosenunterstützung und der Bezüge der Sozialrentner. Unterstützung in der Höhe des Existenzminimums während der ganzen Dauer der Arbeitslosigkeit.
4. Eine wirkliche Arbeitsbeschaffung, Verhinderung weiterer Stilllegung von Betrieben, Verhinderung der Kapitalflucht, Durchführung eines wirklichen Preisabbaues, Anbahnung des sozialistischen Ausweges aus der Krise durch Kampf für die Kontrolle der Produktion durch Organe der Arbeiter.
5. Aufhebung aller Bestimmungen, die die Rechte der Arbeiter beschränken und den Abwehrkampf gegen den Faschismus hemmen.

Rückgängigmachung aller Entlassungen von Staatsbeamten, die wegen ihrer kommunistischen Gesinnung entlassen worden sind. Entfernung aller Beamten und Richter, die der Nationalsozialistischen Partei angehören. Auflösung aller faschistischen Wehrverbände und Parteien, Bildung von überparteilichen Klassenwehren.

6. Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, Annulierung der Kriegsschulden durch internationale Aktion des Proletariats. Gegen alle imperialistischen Revisionspläne.

7. Gegen die Kriegsrüstungen des Imperialismus, gegen Völkermord. Keinen Mann und keinen Groschen für die Rüstungen des bürgerlichen Staates. Für die Verteidigung der Sowjetunion.

Niesky. Durch die bisher vollzogene Notverordnungs politik ist die Lebenslage der Arbeiterschaft bis zur Unerträglichkeit verschlechtert worden. Für den Abbau der Lohnstrafe, für die Verschlechterungen in den Manteltarifverträgen als wie auch für den Abbau der gesamten Sozialgesetzgebung tragen die Gewerkschaften durch ihre Tolerierungspolitik die volle Mitverantwortung. Eine Wendung der Notlage der Arbeiterschaft kann nur erfolgen, wenn der Klassenkampfgedanke nicht nur theoretisch in der Metallarbeiter-Zeitung aufs Papier geschrieben wird, sondern praktisch von den notleidenden Massen in die Tat umgesetzt wird. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist die Stärkung der gesunkenen Massenkaufkraft eine elementare Grundbedingung. Jedes Problem zur Lösung der gewaltigen Massenarbeitslosigkeit muß daher die Forderung enthalten:

1. Einführung der 40-Stunden-Arbeitswoche unter Zahlung des vollen Lohnausgleichs.
2. Wiederherstellung der früheren durch die Lohnabbaumaßnahmen des Unternehmertums und der Notverordnung gekürzten Löhne.
3. Abschaffung sämtlicher Einschränkungen und Kürzungen der Sozialversicherung.
4. Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten durch Inbetriebnahme stillgelegter Betriebe, durch ein großzügiges Wohnungsbauprogramm und die Inangriffnahme der immer wieder aufgegebenen staatlichen und kommunalen Erneuerungsarbeiten.

Opalen. Bei den Reichspräsidentenwahlen sowie bei den Wahlen zu den Landesparlamenten usw. hat die Metallarbeiter-

Zeitung und der DMV durch die Unterstützung der Eisernen Front und durch Hingabe von Geldern zu Wahlzwecken offen die Parolen und die Wahlen der SPD unterstützt.

Der DMV ist eine überparteiliche proletarische Organisation, er umfaßt die Arbeiterschaft aller sozialistischen Richtungen. Angesichts der Tatsache, daß der DMV alle seine Mittel notwendig zur Durchführung seiner Kämpfe benötigt, andererseits die Politik der SPD von den Mitgliedern durchaus nicht als im Interesse der Arbeiterschaft entsprechende Politik betrachtet wird, spricht der Verbandstag der Schriftleitung der Metallarbeiter-Zeitung und dem verantwortlichen Vorstand wegen der Unterstützung der Wahlen Hindenburgs und der SPD sein schärfstes Mißtrauen aus.

Die Stellungnahme für die SPD und ihre Politik der Tolerierung und für die Hindenburgfront ist falsch und mit den Interessen des Verbandes als einer überparteilichen Organisation nicht zu vereinbaren.

Ruhla. Der Verbandstag beauftragt den Vorstand, einzutreten für Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion zur Unterstützung des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion und Arbeitsbeschaffung in Deutschland.

Beseitigung aller Zölle und Einfuhrbeschränkungen für Produkte der Sowjetunion (Erdöl, Getreide, Futtermittel, Holz usw.) zur Erleichterung der Bezahlung der Aufträge.

Verwendung der Sowjetaufträge zur Inangriffnahme stillgelegter Betriebe unter Kontrolle der Arbeiter und Gewerkschaften, Subventionierung der Betriebe, die unter Kontrolle der Arbeiter stehen, durch den Staat.

Suhl. Der DMV fordert vom ADGB die grundsätzliche Abkehr von der Tolerierungspolitik und die Aufnahme des Kampfes gegen alle Notverordnungen, die die Lebensexistenz der Arbeiterklasse einschränken und die Rechte der Gewerkschaften beeinträchtigen.

Kampf für Aufhebung aller Bestimmungen, die die politischen Rechte der Arbeiter beschränken und den Abwehrkampf gegen den Faschismus hemmen. Revolutionäre Aktionen der Arbeiterklasse, gegen Kriegsrüstungen des Imperialismus, für die Verteidigung der Sowjetunion.

Suhl. Der Vorstand des Verbandes, wie auch die Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung haben bei der letzten Reichspräsidentenwahl in Aufrufen und Artikeln für den Generalfeldmarschall von Hindenburg Propaganda gemacht und den Mitgliedern des Verbandes die Stimmabgabe für Hindenburg empfohlen.

Vom Standpunkt des gewerkschaftlichen Klassenkampfes betrachtet ist die vom Vorstand herausgegebene Wahlparole: Wählt Hindenburg! unvereinbar mit den Interessen der Arbeiter im allgemeinen und der Gewerkschaften und ihrer Mitglieder im besonderen; denn Hindenburg ist nicht nur der prominenteste Repräsentant des letzten Weltkrieges, der der Arbeiterschaft so viele Opfer gekostet hat, sondern er ist auch der strengste Verfechter der Notverordnungs politik, durch die den Arbeitern die letzten Errungenschaften der Revolution entrissen worden sind. Der Verbandstag mißbilligt deshalb auf das schärfste das Eintreten des Vorstandes für die Hindenburgkandidatur.

Wetzlar. Der Verbandstag erkennt die Tätigkeit des Vorstandes, besonders seit dem letzten Verbandstag 1930 in Berlin an; obwohl festgestellt wird, daß sich infolge der wirtschaftlichen Depression die Lage der Metallarbeiter wesentlich verschlechtert hat. Weitere Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verhindern, muß die vornehmste Aufgabe des DMV sein.

Arbeitsbeschaffung und damit Entlastung des Arbeitsmarktes ist das Gebot der Stunde. Der Vorschlag des Krisenkongresses des ADGB und des Afa-Bundes sind geeignete Richtlinien, diesen Zweck zu verfolgen.

G. Büter, Köln. Der DMV ist überparteilich; Versammlungen des Verbandes dürfen nicht zu einer einseitigen Parteireklame benutzt werden, ebenfalls darf kein Verbandsgeld zu parteipolitischen Zwecken verwandt werden.

J. Delker u. Gen., Elmshorn. Der Verbandstag wolle beschließen, daß keinerlei Mittel seitens der Gewerkschaften für industrielle Beteiligung, Eiserner Front oder für Wahlzwecke der SPD zur Verfügung gestellt werden.

Alle Mittel sind im Interesse der Mitglieder zu verwenden, d. h. in erster Linie für den Kampf gegen den Lohnabbau, sowie Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und den Abbau der Unterstützungen der Erwerbslosen.

Erich Hausen, Stuttgart. Um die Kraft der gesamten Arbeiterklasse einzusetzen, wird der Vorstand beauftragt, sich im ADGB für die Einberufung einer Konferenz aller gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterklasse zum Zwecke der Organisation der proletarischen Einheitsfront und der Einleitung umfassender Massenaktionen einzusetzen.

J. Walcher, A. Enderle, Berlin. Der Verbandstag lehnt den bisherigen Kurs der Verbandsleitung ab. In Erkenntnis, daß die Weiterexistenz der kapitalistischen Wirtschaft nur um den Preis einer weiteren Verelendung der Massen möglich ist und daß daher eine wirkliche Besserung der Lage der Arbeiterklasse nur zu erreichen ist, wenn die bankrotte kapitalistische Bedarfswirtschaft ersetzt wird, beschließt der Verbandstag:

1. Keinerlei Verschlechterung der Lebensbedingungen der Arbeiter weiterhin kampflos hinzunehmen;
2. im ADGB für eine Koordinierung der den Gewerkschaften aufgezwungenen Abwehrkämpfe einzutreten und zu verlangen, daß die gewerkschaftlichen Machtmittel in politischen, außerparlamentarischen Massenkämpfen gegen Lohn- und Unterstützungsraub eingesetzt werden;
3. den gesamten gewerkschaftlichen Kampf bewußt auf die revolutionäre Beseitigung des kapitalistischen Systems und die Verwirklichung des Sozialismus einzustellen.

W. Müller u. Gen., Gevelsberg. Die enge Verbindung des Verbandes mit der SPD ist aufzugeben, jede materielle und propagandistische Unterstützung derselben ist abzulehnen, sowie der Austritt aus der Eisernen Front zu vollziehen. Wir verlangen Rücksichtnahme darauf, daß der Verband nicht eine Filiale der SPD ist, sondern die überparteiliche Klassenorganisation der deutschen Metallarbeiterschaft sein soll, in der auch Hunderttausende von Nicht-SPD-Mitgliedern organisiert sind.

F. Sommer u. Gen., Harburg. Für Wahlpropaganda der SPD dürfen keine Mittel mehr verausgabt werden.

## Arbeitsbeschaffung, Arbeitslosigkeit, Arbeitszeit, Krümpersystem

Barmen. Der Verbandstag beschließt erneut, sich mit allen Mitteln für die Verkürzung der Arbeitszeit einzusetzen.

Bergedorf. Als Folge falscher Spekulationen und Fehlleitungen großer Kapitalien hat die Arbeitslosigkeit in unerhörtestem Ausmaß sich gegriffen. Lohnabbau, Notverordnungen in gleicher Richtung und Abbau sozialer Einrichtungen seitens der Reichsregierung verstärken den Absturz der Wirtschaftslage. Die

(Fortsetzung auf Seite 137.)

# Stahlbad Anno 17

Kriegsroman von Peter Riss

Copyright 1930 by Fackelverlag  
Verlag GmbH, Hamburg-Bergedorf

Berlin, 3. August 1917.

Lieber Vater!

Ich wollte Dir einen recht langen Brief schreiben, aber es ist mir nicht möglich; ich bin zu erschöpft. Wir müssen von frühmorgens um vier oder fünf Uhr an exerzieren und marschieren. Oft werden am Tage lange Märsche von 30 bis 35 Kilometern gemacht. Dabei ist es sehr heiß und wir sind wie erschlagen, wenn wir in die Kaserne zurückkommen. Jede freie Minute schlafe ich, soweit mir das Putzen und Flickern für den nächsten Tag Zeit dazu läßt.

Nie hätte ich geglaubt, daß es bei den Preußen so schlimm ist. So ungefähr wie unser Leben hier habe ich mir als Junge das Leben und Leiden in der Fremdenlegion gedacht. Ich kann Dir nicht schreiben, was wir hier alles erleiden müssen. Unser Ausbildungsoffizier ist ein Feldwebelleutnant, den wir den Schinder nennen. In seinen Augen sind wir nur Hammel und Schweine und Lausejungs. Er bringt uns zur Verzweiflung. Wenn ich wieder nach Hause kommen sollte, so werde ich Dir 'mal alles erzählen. Ich habe immer geglaubt, daß Soldaten auch Menschen seien; aber glaube, wir werden schlimmer als das Vieh behandelt.

Das Schlimmste ist der Hunger, den wir bei dem schweren Dienst ertragen müssen. Wir bekommen jeden zweiten Tag Dörrgemüse, „Drahtverhau“ genannt.

Nächstens sollen wir in ein Barackenlager hier in der Nähe Berlins. Wir sollen noch am Maschinengewehr ausgebildet werden.

Mehr kann ich heute nicht schreiben. Ich bin zu müde und zu hungrig. Du kannst mir ja auch nichts schicken. — Aber vielleicht hast Du noch ein paar Fußlappen für mich; denn meine Füße sind so wund, daß ich es kaum noch aushalten kann. Ich glaube, in der Kommodenschublade rechts liegen noch einige Flicker von Mutters Kleid, das sie bei der Wäsche trug.

Mein Schulfreund und Spielkamerad Heini Langer — Du kennst ihn ja auch, es ist der Blasse, mit dem ich manchmal zusammen bei uns Schularbeiten gemacht habe — ist mit mir in einer Kompanie. Er ist von all' den Quälereien schwer krank geworden — der Stärkste war er ja nie. Der Schinder hat es besonders auf ihn abgesehen — er schikaniert ihn, wo er kann. Heute ist Langer nach dem Scharfschießen umgefallen und hat einen Blutsturz gehabt. Nun wird er wohl endlich ins Lazarett kommen. — Bitte sage seiner Mutter, wenn sie zu Euch kommen sollte, noch nichts. Wird ja vielleicht noch wieder besser. Wir hoffen alle, daß der arme Kerl nun endlich entlassen wird und nach Hause kommt.

Wenn wir ins Feld kommen, weiß ich nicht — daran mag ich gar nicht denken.

Ich werde mich gleich hinlegen. Morgen früh geht die Schweinerei wieder los.

Neulich sollen hier in Berlin Hungerkrawalle gewesen sein. Wir erfahren aber nichts Bestimmtes, weil wir nicht aus der Kaserne herauskommen. — Dieser verfluchte Krieg! Hoffentlich ist er bald zu Ende. — — — Herzliche Grüße an Bruder und Schwester.

Gute Nacht, lieber Vater,  
und viele Grüße von Deinem Sohn  
Peter.

Ich wälze mich auf meinem Feldbett hin und her. In den Gliedern ist bleierne Müdigkeit, die Füße brennen und schmerzen entsetzlich. Sie sind wund, daß das bloße Fleisch zwischen den Zehen und an den Sohlen sichtbar ist; aber ich habe keinen Wundpuder und keine Fußlappen und keine Salbe und kein Leinen. Eine halbe Stunde habe ich sie heute abend vor dem Schlafengehen in kaltes Wasser gesteckt, weil ich es nicht mehr aushalten konnte, aber es ist noch schlimmer dadurch geworden, und ich habe gehult vor Schmerz.

Aber was ist das alles gegen Langers Quälen, denke ich und stiere in das Dunkel der Stube. Die Augen sind überwach, Mondschein fällt strichweise auf den blauierten Überzug meiner Decke. Darauf liegt der übergroße Schatten des Fensterekreuzes.

Alle Eindrücke und Schmerzen aber überwältigt der Hunger. Und morgen früh gibt es erst wieder das zuge teilte Drittel von dem klumpigen und mit Sägemehl durchsetzten Brot.

Da liegt ein Brotkutscher unter dir, denke ich weiter, und hier haben wir nichts zu essen. Wagen voller Brot hat er täglich gefahren — was nützt es jetzt ...

„Karl!“ — er liegt unter mir und brummt unwillig: „Was ist denn los?“ „Karl, wieviel Brote hast du am Tage gefahren?“

„Was hast du denn für Einfälle, Hamburger? Na, so einige hundert Brote waren es immer ... Und dann noch der Kuchen — aber das ist ja schon einige Jährchen her, ich war eben aus der Schule ...“

„Einige hundert ... Donnerwetter ... so so ...“

Die Luft in der Stube wird immer stickiger, denn die Ausdünstungen der vielen Rekruten in dem viel zu kleinen Raum sind schrecklich; das kommt vom schlechten Brot und vom Drahtverhau.

Rechts oben neben mir liegt Adamczik, unter ihm Bumann. Der Kleine liegt zusammengerollt wie ein Igel oben auf der Decke. Eine Hand hängt über den Rand seines Lagers, die andere ruht geballt auf der Brust; kleine, ach so kleine Hände ... Ich muß plötzlich an seine Mutter denken: ... Ich muß' ihm auch immer beistehen ...

Bumann reflektiert mit offenen Augen, die gespensterhaft im Mondschein reflektieren. Er liegt wie ein Toter, und ich möchte ihm die Decke über das Gesicht ziehen ...

Ausgerichtet in einer Reihe stehen die hohen Schemel vor den Betten. Auf dem langen rohgezimmerten Tisch stehen zwei große Kaffeekannen.

Morgen früh — habe ich — Kaffeeholerdienst ... denke ich verworren. Im Kopfe summt es ... kaleidoskopartig erstehen Bilder vor meinen Augen ... immer sind es die Gestalten grauer Soldaten mit den Gesichtern meiner Kameraden ... sind es Helme, Tornister, Gewehre ... komm doch, Schlaf, erlöse mich ...

Der Wachtpostenschritt auf dem Hof ... knirsch ... knarr ... schurr ... schurr ... schlafert mich allmählich ein.

In meinen Gedanken hocken noch Fragen, aber sie schieben sich ineinander, werden unklar, verzerrt, beklemmend ...

Aber ich kann doch nicht einschlafen, es drückt am Herzen. Ich reiße plötzlich die Augen wieder auf —

Bossin spricht im Schlaf. Ich kann ihn nicht sehen. Er kämpft im Traume mit jemandem und schimpft dabei mit unverständlichen Lauten ... Ich huste einigemal absichtlich, da ist er auf einmal still.

Der Atem der müden Rekruten geht schwer. Ein paar Stunden noch, dann stehen sie wieder in langen Reihen: „Abzählen! Eins, zwei, drei, vier! Eins, zwei, drei, vier. Eins, zwei ...“ Ich ertappe mich, wie ich laut zähle. — „Ruhel“ — das war Güttlers Stimme aus dem Dunkel heraus.

Dann denke ich an Langer. Wir haben nicht mal Abschied voneinander nehmen können. Er liegt nebenan in Stube vierundzwanzig. — Ob er schon schläft? Ob er Schmerzen hat?

„Ach, daß wir auch nicht in einer Korporalschaft sind ...“ „Du, Kilb!“ Ich beuge mich flüsternd mit dem Oberkörper über das Lager, daß mir die Eisenkante hart an der Brust liegt.

„Hör mal zu ... schlafst du schon?“ Karl ... pst, pst ... ich kann nicht einschlafen ... ob Heini jetzt wohl nach Haus kommt? Kilb ... Karl ... psst ... psst!“

Kilb schläft fest mit den Händen unter dem Kopf. Nun fühle ich mich ganz verlassen. Ich stecke den Kopf unter die Decke und mag nichts mehr sehen, hören und denken.

Wenn doch — dieser verdammte Hunger nicht wäre ... Ich liege und liege und drücke die Augen zu und öffne sie wieder und drücke sie wieder zu, daß sie schmerzen ...

Ich habe vorhin noch viel Wasser getrunken gegen den Kohldampf.

Die Latrine ist draußen auf dem Flur. Vorsichtig krabbele ich aus dem Bett und lege dabei behütet Adamcziks Arm ihm auf die Brust. Er wirft sich herum und lacht laut im Schlaf auf ...

Ich tappe nach der Latrine. Als ich zurückkomme, bleibe ich vor Stube 24 stehen. Drinnen ist es ruhig. — — —



— bleibe ich vor Stube 24 stehen

## Die Eltern werden sich wundern!

Auf der Straße steht eine Gruppe knichosiger Knaben, hakenkreuzgeschmückt. Zwei Frauen kommen daher, an der Bluse die drei Pfeile. Die Jungens schieben ihre Handgelenke in die Taschen und die Unterkiefer vor. „Ver—rek—ke“ brüllen sie heraus. Eine der beiden Frauen sagt: „Schämt ihr euch nicht, Frauen auf der Straße anzupöbeln?“ Sagen die Jungens: „Ihr wollt Frauen sein?“

Was soll aus diesen Kindern werden? Was werden die Eltern an diesen Kindern erleben? Woher haben diese verhetzten Kinder ihre Weisheit? Wo stehen die Eltern dieser Jugend? Da sind doch die Väter, die den Schützengraben mit all seinem Grauen kennen. Da sind die Mütter, früh gealtert, die mit ihren vierzig Jahren aussehen, als ob sie fünfzig wären. Haben die nicht auch mit angestanden nach zweiundsechzig Gramm Fett? Haben sie nicht damals gebangt um den Jungen, daß sie ihn großkriegen, daß er die Zeit der Entbehrungen überstünde? Ist das nicht heller Wahnsinn, daß die Kinder dieser Eltern, im Kriege geboren, über Hungerblockade und Kartensystem hinübergerettet, heute bei denen stehen, die einen neuen Krieg lieber heute als morgen vom Zaune brechen möchten! Sind die Eltern blind und taub?

Es ist ein Jammer und eine Schande: Ungezählte Elternpaare liefern ihre Kinder dem Nationalsozialismus aus. Sie lassen es sich nicht nur gefallen, daß ihre Kinder geistig vergiftet werden in Schulen und Lehrstätten, sie sind auch froh, den Anschluß an ihre Kinder scheinbar gefunden zu haben. Die Eltern fürchten womöglich die Entfremdung von der Jugend. Sie möchten ihnen ideenmäßig gerecht werden, so wenig ihnen das auch klar zum Bewußtsein kommt.

Getreu anbezogener Überlieferung, suchten diese Eltern nach einem Schuldigen für ihre schlechte Wirtschaftslage. Sie brauchen sich nun nicht mehr selber den Kopf zu zerbrechen, es wird ihnen alles trefflich vorbeobachtet; sie brauchen nur mehr bloß zu schimpfen über die Marxisten, über die Juden, über die Gewerkschaften, über die Konsumvereine. Sie beschimpfen „das“ System, ohne es näher beschreiben zu können. Das Schimpfenkann befreit das bedrängte Herz. Das schmeckt so nach Energie; damit ist man beinahe überall gut angeschrieben, und das Thema ist unerschöpflich. Denn es gibt ja „unter diesem System“ einfach nichts, was man nicht in Grund und Boden verdornen könnte. So halten sie sich für jugendfrisch, für national-revolutionär. Sie halten sich für Vorwärtstürmer, aber sie laufen in der entgegengesetzten Richtung. Sie stürmen zurück, und sie halten bereits Erkämpfte für Hindernisse und merken nicht, in wessen Zügeln sie laufen. Dabei bewegen sie sich im Rahmen einer großen Herde, und sie sind inwendig selig, daß sie mit ihrem Gebabe Anklage finden bei ihren Kindern. Diese aber sind im tiefsten Herzensgrunde froh, daß sie „von den Alten“ nicht weiter behelligt werden. Nichts geht über das nationale Mäntelchen.

Der Nationalismus hat einen großen Teil der Jugend erfaßt und sie berauscht sich an seinem Bilderbuchheldentum. Das wäre an sich nichts Gefährliches. Denn die Wissenschaft lehrt, daß der Mensch in seiner Entwicklung alle Stufen der gesamten Menschheitsentwicklung in Kürze durchlaufen muß. Da kommt eben auch der Abschnitt des Mittelalters heran mit seinem Raubritter- und Landsknechtstum. Das Faustrecht feiert Auferstehung und der geheimnisvolle Wunderglaube. Der Mensch zwischen vierzehn und siebzehn steckt in der Mauser, er ist im Übergang; ihm passen nicht bloß die Jacken und die Hosen nicht mehr, ihm paßt auch so manches andere nicht, und er revoltiert. Er entwickelt sich. Das „Wohin“ bestimmt zu einem erheblichen Teil seine Umgebung. Es ist ein leichtes, ihn in dieser Zeit festzunageln auf das, was seiner Entwicklungsstufe gerade entspricht. Der junge Nationalsozialist wird politisch mißbraucht. Die wissenschaftlichen Schulstunden werden zu lästigen Überflüssigkeiten, die Sportstunden dienen der Kriegsvorbereitung. Das gesunde Gefühl wird verbogen, bewußt verbogen. Die nationalsozialistisch vernagelten Kinder träumen von Judenblut und werden Friedhofschänder.

Die Jugend ist an diesem Zustand am wenigsten schuld. Den Eltern aber ist es nicht zu verzeihen, daß sie ihre Kinder preisgeben. Können es Eltern verantworten, einem Rassenfanatiker ihre Töchter auszuliefern, daß er sie in Klassen einteile nach Beckenweite und Augenfarbe wie das Herdbuchvieh? Daß sie in Katalogen wie Ware von Hand zu Hand gehen, die sich einer bestellen kann? Alle Töchter können doch nun wirklich nicht Hauptfrauen werden, wenn das auch vielleicht noch das beste Los wäre.

Ich stehe und stehe und irgend etwas hält mich gebannt fest, etwas Rätselhaftes faßt mich an ...

„Na, Heini, denn auf Wiedersehen“, sage ich halblaut. Ich erschrecke vor meiner Stimme: sie ist so fremd und rau in dieser Nacht. — Soll ich hineingehen? — Nein, das geht nicht! ...

Ich könnte ja schließlich ganz leise hineingehen und mit dem Stubenältesten, dem Gefreiten Fischer, sprechen, schießt es mir durch die Gedanken ... warte mal, wo ... liegt der noch? ...

Wenn man reinkommt — ja richtig — — gleich vorne liegt der Gefreite — — also: ... Entschuldigen Herr Gefreiter — — der Langer ist mein Freund — — seit ungefähr zehn Jahren kennen wir uns schon ... wir haben als Jungs zusammen gespielt ... Jäger und Hund haben wir zusammen gespielt ... hatten uns ein Zelt gebaut in den großen Ferien draußen im Borsteler Moor ... einmal haben wir uns auch geschlagen ... da habe ich ihm einen Zahn ausgeschlagen ...

den rechts, was man noch heute sehen kann ... — ich muß lächeln: was wird das den Gefreiten interessieren? —

Also: wollen der Herr Gefreite mir erlauben, daß ich mich von Heini verabschiede — so kurz muß ich es ihm sagen, sonst hat's keinen Zweck ... 's wird morgen früh keine Zeit mehr dazu sein, Herr Gefreiter ... wir wohnen dicht zusammen in einer Straße in Hamburg ... vielleicht will er mir noch etwas für seine Mutter mitteilen ... man kann ja nicht wissen, Herr Gefreiter ... wenn Sie gütigst erlauben ... nur „Auf Wiedersehen“ sagen ... bitte, Herr Gefreiter ... werde auch ganz ruhig dabei sein und niemand stören ...

Mein Herz schlägt hart gegen die Rippen. — Vielleicht geht es ... vielleicht aber wirft er dich raus, meldet dich ... was hast du hier zu suchen ... was willst du nachts auf fremden Stuben, Bursche, ha? ... Willst dir wohl was besorgen, wie? ...

Nein! Es hat wenig Sinn! Er wird mich gar nicht erst zu Worte kommen lassen ... er ist genau so ein Schweinehund wie all' die andern auch, die uns schleifen und quälen, damit sie als besonders forsch gelten und nicht wieder an die Front kommen. Er wird krach machen, jetzt mitten in der Nacht, Heini kann nur Schaden davon haben ... er wird sich aufregen ... es kann seinen Zustand vielleicht noch verschlimmern ... und ich habe dann die Schuld, obwohl ich es gut meinte ...

Ruckartig drehe ich mich um. Ich starre jetzt auf die hellere Flurwand gegenüber den Türen. Dunkel und tot stehen die Gewehre ... eine lange Reihe ... unten die Kolben sind plump und schwarz und drohend. — Das dort muß mein Gewehr sein ... mein Gewehr sein ... mein Gewehr ... Nummer „Neun—unddreißig—vierund—vierzig—“. Drinnen schlafen die Rekruten ... losgelöst ... Menschen im Traum ... Menschen ... Menschen ...

Auf einmal schießt es mir durch den Kopf: Das dort sind in Wahrheit die Soldaten — die Gewehre dort — Nummer soundso, Nummer soundso — eins, zwei, drei, vier ... eins, zwei, drei, vier ... auch nachts stehen sie ausgerichtet — immer: Tag und Nacht — auch mein Gewehr — auch mein Gewehr — auch ich ...

(Wird fortgesetzt.)

Und wissen es die Eltern nicht oder wollen sie es nicht wissen, daß sie selber eines Tages nach der nationalsozialistischen Ideologie unter die „Ballastexistenzen“ zu rechnen sein werden, wenn sie krank werden oder Altersschwäche sie befällt?!

Vielleicht drücken ihnen dann die eigenen Kinder liebevoll die Pistole in die Hand, damit sie dann die „letzte Heldentat“, den Selbstmord, zum Wohle des Dritten Reiches begehren können, damit die Kassen nicht belastet würden. Wissen das die Eltern alles nicht?

Für die Eltern der jungen Nationalsozialisten wird es ein schreckliches Erwachen geben, wenn sie eines Tages sehen müssen, was die „nationale“ Erziehung aus ihnen gemacht hat. Es werden frech-forsche Hohlköpfe sein, die in lichten Stunden ihren Eltern die bittersten Vorwürfe machen werden, daß sie nichts Besseres gelernt haben als Handaufheben und Heilrufen, Strammstehen und Stehschritt.

Wieviel Eltern werden es sein, die sich dann wundern müssen? Hildegard Kowalkowsky.

## Die Furcht vor der Ehe

Die Heiratshäufigkeit im Deutschen Reich wird durch die Wirtschaftskrise entschieden beeinflußt. Im Jahre 1931 wurden insgesamt 515 411 Ehen geschlossen, daß sind rund 47 200 weniger als im Jahre 1930, 73 000 weniger als im Durchschnitt von 1928/29 und rund 94 000 weniger, als nach der Zahl der im Heiratsalter stehenden Männer zu erwarten war. Einschließlich des Jahres 1930 beläuft sich der in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise entstandene Ausfall an Eheschließungen bis jetzt auf insgesamt 134 000. Alles berücksichtigt, dürfte die Zahl der Haushaltneugründungen sich gegenwärtig um über 200 000 im Rückstand befinden. Dementsprechend ist auch die Geburtenhäufigkeit ständig gesunken. Im Jahresdurchschnitt von 1931 erreicht die auf 1000 der Gesamtbevölkerung berechnete Lebendgeborenenziffer nur noch 16,0 gegenüber 17,5 im Jahre 1930, 17,9 im Jahre 1929 und 26,9 im Jahre 1913. Die allgemeine Fruchtbarkeitsziffer bei den gebärfähigen Mädchen und Frauen betrug 1931 (1913 = 100) 53. Mit dem Ergebnis von 1931 dürfte Deutschland die niedrigste Geburtenziffer der Welt erreicht haben. Wenn man den Rückgang der Eheschließungen und der Geburten als ernstes Problem für Volk und Staat erkennt, so muß man um die Verkürzung dieser furchtbaren Krise bemüht sein. Wenn es schwer ist, sich selbst durchs Leben zu bringen, wird niemand daran denken, einen neuen Hausstand zu gründen.

## Ein elektrischer Rasierapparat

Daß die Verwendung von Elektrizität unbegrenzt ist, weiß man seit langem. Man konnte sich aber bisher nicht vorstellen, auf welche Weise das elektrische Rasieren möglich ist. Jetzt ist ein elektrischer Rasierapparat erfunden, dessen Arbeitsweise auf dem Prinzip des schlagenden und ziehenden Schnittes beruht. Die Rasierklinge führt etwa 100 kleine Bewegungen in der Sekunde aus, die schräg zur Schneide erfolgen. Das Abschneiden eines Haares geschieht daher durch plötzliches Abschlagen bei gleichzeitig ziehender Bewegung der Klingenschnaide. Verletzungen der Haut sollen unmöglich sein. Bereits ein einmaliges Rasieren soll genügen. Der Stromverbrauch dieser kleinen elektrischen Maschine beträgt 5 Watt.

Amerikanischer Rekord. Der Forscher Lord Lonsdale erzählte bei einer Gesellschaft, wie er einmal in Amerika einen ganzen versteinerten Wald gefunden hatte, mit versteinerten Bäumen, versteinerten Tieren, Löwen und Elefanten.

„Das ist noch garnichts“, behauptete da ein Amerikaner. „In Texas habe ich auch einmal einen versteinerten Wald gefunden. Da flogen versteinerte Vögel drin herum.“

Lonsdale lachte laut auf: „Unmöglich, das verstößt ein bißchen zu sehr gegen die Naturgesetze.“

„Naturgesetze“, brauste der Amerikaner auf, „bitte, bei uns in Amerika sind sogar die Naturgesetze versteinert.“



# Verbandsleben



## Die Erwerbslosen Unterstützung des DMV

Zu der Darlegung, die sich unter gleicher Überschrift in Nr. 20 der MZ befindet, gehen uns weiter Außerungen aus dem Kollegenkreis zu. Davon lassen wir hier einige folgen.

Im Jahre 1929 an Erwerbslosenunterstützung gezahlt rund 22 1/2 Millionen. Jeder Kollege, der den Gewerkschaftsapparat kennt, hat sich die Frage vorgelegt, wie lange geht dies gut? Die letzten zwei Jahre dürften an die Finanzkraft des Verbandes in schwerer zu durchdenkendem Maße gezehrt haben. Die Sorge des Gewerkschafters ist seit langem die: Tut der Verband auf diesem Gebiete nicht des Guten zuviel? So segensreich ist als Arbeitloser die Hilfe auch empfunden, bleibt doch die Sorge für die kommenden Tage, da bei der wahnsinnigen innenpolitischen Entwicklung vorauszu sehen ist, daß der Verbändekampf von ungeheuren Ausmaßen entgegnet geht. Zum Krieg führen aber gehört Geld und nochmals Geld.

Die Existenz unseres Verbandes muß aber höher stehen als die gewiß anerkanntswürdige Fürsorge für seine erwerbslosen Mitglieder. Nicht zu verkennen ist, daß die Unterstützung in diesen Jahren der Krise ein ungeheures Bindegeld war und noch ist. Die Kürzung der Unterstützung mit den neuen Bestimmungen über die erneute Anwartschaft mag den rasenden Abfluß der Verbandsmittel etwas stoppen, aber dürfte kaum genügen, den unbedingt erforderlichen Finanzrückhalt zu gewährleisten. Die schwierigsten Zeiten für Sein oder Nichtsein als Wirtschaftsfaktor des Verbandes dürften erst kommen. Und so bitter es klingt: wir müssen in klarer Erkenntnis der kommenden Dinge zu überlegen. Wir müssen uns damit abfinden, daß der Unterstützungsraum stark verengert wird, um die Finanzstärke für die Kampfzeit zu gewinnen.

Ich möchte dazu drei Wege vorschlagen: Der Beitrag wird erneut aufgeteilt. Der Fonds Erwerbslosenunterstützung ist zu trennen in Arbeitslosenunterstützung und Krankengeld. Für die Arbeitslosenunterstützung gilt eine Höchstdauer von dreizehn Wochen oder ein Vierteljahr. Die Anwartschaft beginnt erst nach zweijähriger Mitgliedschaft. Dies ist m. E. um so mehr berechtigt, als eine einfache Rechnung ergibt, daß ein Mitglied nach 52 Wochen Mitgliedschaft sage und schreibe 2,20 Mark für die Arbeiten des Verbandes gezahlt hat. Der Verband zahlt somit allein auf den Bezug der Metallarbeiter-Zeitung noch 3,80 M drauf, also kein Pfennig Leistung für die Arbeit des Verbandes für die Interessen der Mitglieder. Sollte aber aus psychologischen Gründen die einjährige Mitgliedschaft als Voraussetzung bleiben, dann darf die Staffierung erst nach jeweils drei Jahren einsetzen.

In der ersten Klasse beträgt der Tagessatz 80 Pf, und er steigt um je 10 Pf bis zum Höchstbetrage von 1,20 M. Wir müssen berücksichtigen, daß das Geld heute anderen Wert hat als vor zwei oder drei Jahren, und daß heute 4,80 M Wochenunterstützung den Satz der Wohlfahrtsunterstützung noch übersteigt, so daß der Vorwurf der Rückständigkeit keinesfalls am Platze ist. Desgleichen ist immer zu bedenken, daß es sich um eine Zusatzunterstützung handelt, da m. E. nach wie vor der Staat die Pflicht hat, für die Opfer seiner verfehlten Wirtschaftspolitik zu sorgen, für uns aber Hauptaufgabe sein muß, unseren Verband wieder so kampftüchtig zu gestalten, daß er allen Gefahren und Stürmen zu trotzen vermag.

Zu erwägen ist ernstlich: die Unterstützung des Verbandes ist erst zahlbar bei Eintritt in die Krisenfürsorge. Denn solange der neu erwerbslos gewordene Kollege noch in der Alu ist, hat er zumeist noch etwas inneren und äußeren Rückhalt, der ihn befähigt, recht und schlecht durchzukommen. Kommt er in die Krisenfürsorge, so kürzt sich sein Unterstützungsanspruch und er empfindet dann das Einsetzen der Verbandunterstützung doppelt wertvoll. Ich selbst bin diesen Weg gegangen und habe dies als zweckmäßig anerkennen müssen.

Der Einwand, die Zeiten ändern sich und dann kommen derart lange Fristen für die Arbeitslosigkeit nicht mehr in Frage, kann wohl ausgeschaltet werden. Sollte aber dennoch eintreten, was kein Wirtschaftler zu sehen vermag, sollte uns in den nächsten zehn Jahren eine Konjunktur wie 1927-29 blühen, dann sind Erleichterungen eher zu beschließen, als im umgekehrten Falle ein Manko in der Finanzstabilität auszugleichen. Nimm.

Mit Bangen und Sorgen hat wohl jeder Funktionär, hat wohl jedes einsichtige Mitglied unseres Verbandes sich oft die Frage vorgelegt: Wie lange noch wird der DMV, der doch mit am stärksten von der Erwerbslosigkeit betroffen ist, diese gewaltigen Summen zur Auszahlung bringen können? Aber mit Stolz und Freude erleben wir immer wieder, daß der Verband, ganz auf sich selbst gestellt, mit nur geringen Einschränkungen, von Jahr zu Jahr steigende Summen zur Auszahlung an seine erwerbslosen Mitglieder brachte, während ringsumher Riesenunternehmungen Pleite machten, andere Organisationen und Gemeinden durch die Arbeitslosigkeit vor dem Zusammenbruch stehen.

Trotzdem erscheint auch mir richtig, sich ernsthaft darüber auszusprechen, ob wir auf diese Art weiter durchhalten können und dürfen. Wir wissen nicht, wie lange und in welchem Ausmaß die Krise andauern wird. Aber wir sind uns darüber klar, daß so oder so, früher oder später der Konjunkturschwung eintreten wird, daß dann aber auch für uns die Notwendigkeit eintritt, den in der Krise verlorenen Boden wiederzugewinnen und darüber hinaus vorzustoßen. Das ist nur möglich durch Kampf. Zum Kampf gehört, das wissen wir als freie Gewerkschafter, Munition (und nicht wie bei den Erge-ooten nur Guteschancen D. V.). Darum hat der Kollege recht, der in der Nr. 20 unserer MZ schreibt, daß der Spartopf unseres Verbandes auf keinen Fall bis zur Neige geleert werden darf. Darum werden wir auch, als Erwerbsloser sage ich es, gewiß nicht leichtfertig den Vorschlag des Kollegen, die Bezahlweise und die Höhe der Unterstützungen herabzusetzen, nicht ablehnen dürfen. Allerdings erscheint es mir aus psychologischen Gründen rätlicher, eher die Dauer als die Höhe der Leistungen abzuhaken.

Es muß an dieser Stelle dem Vorstand gesagt werden, daß er viel zu lange verzögert hat, die zwanzigjährige Bezahlweise durchzubringen; und auch dem Beitrag darf der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß er den Ausgaben, die Bezahlweise der Unterstützung auf 13 Wochen festzusetzen, nicht gefolgt ist, sondern 1931 nur auf 15 Wochen herabsetzte.

Einen anderen Weg zur Stärkung unserer Verbandskassen gibt es allerdings auch, und bevor ich ihn erwähne, möchte ich betonen, daß für die Funktionäre unserer gewaltig nicht kleinen Organisation für ganz gut sein. Mein Vorschlag geht dahin, eine neue, höhere Beitragsklasse zu schaffen, mit entsprechend höherem Rechte, versteht sich. Erscheint dieser Vorschlag in dieser Zeit des allgemeinen Abbaus auch widersinnig, so ist er doch zu begründen. Dieser Beitrag wäre von den Kollegen zu bezahlen, die im Vergleich zu manchen Metallarbeitern einen erheblich höheren Lohn haben. Wenn uns die schlechtestbezahlten Kollegen in der höchsten Klasse Beiträge entrichten, so ist nicht einzusehen, warum die besser-

gestellten — und es gibt deren noch eine ganze Menge — nicht einen höheren Betrag entrichten können. Buchdrucker, Maler und Holzarbeiter haben ja auch weit höhere Beitragsklassen. Erreicht wird damit eine Stärkung unserer Verbandskasse, denn gerade diese besser bezahlten Kollegen kommen selten in die Lage, stempeln gehen zu müssen, nehmen also die Unterstützungseinrichtungen des Verbandes selten oder nie in Anspruch.

Überzeugt bin ich, daß die betroffenen Kollegen dieses Opfer bringen werden, das ja gering ist im Vergleich zu denen, die die schlecht entlohnten und oft von Arbeitslosigkeit betroffenen Kollegen bringen müssen. Bedenken wir immer, daß es jetzt um mehr als 50 Pfennige Mehrausgabe geht. Wir wollen das stärkste Bollwerk gegen den Faschismus, die freien Gewerkschaften, stark erhalten, weil wir ohne sie noch sehr viel, ja alles verlieren könnten. — Möge der kommende Verbandstag so entscheiden, einen solchen Weg finden, der einerseits der Not unserer arbeitslosen Kollegen und andererseits der Leistungsmöglichkeit unserer Organisation Rechnung trägt.  
H. Tr., Hbg.

## Ein Betriebsrat von der RGO

Bei den Klöckner-Werken in Hagen-Haspe wurden bei Auftragsmangel die Arbeiter dieser oder jener Abteilung entlassen und wenn wieder Aufträge vorhanden waren, je nach Bedarf wieder eingestellt. In der Zwischenzeit bezogen die Entlassenen Arbeitslosenunterstützung. Die Reichsanstalt versuchte, den entlassenen Arbeitern die Unterstützung zu entziehen, zu mindest aber um die Hälfte zu kürzen. Es fanden Verhandlungen statt zwischen Betriebsrat, Gewerkschaften, Werksleitung einerseits und der Reichsanstalt andererseits, mit dem Ziel, das sogenannte Krupersystem einzuführen. Die Reichsanstalt vertrat die Meinung, daß die in der vorstehend geschilderten Art entlassenen Arbeiter nicht arbeitslos im Sinne des Gesetzes seien, sondern nur werksbeurlaubt, und somit keinen Unterstützungsanspruch hätten. Man war aber bereit, den Arbeitern bei Annahme des Vorschlags, das Krupersystem einzuführen, die halbe Unterstützung zu zahlen. Dieser Vorschlag wurde von der Belegschaft abgelehnt und daraufhin einem Kollegen die Unterstützung verweigert. In dem anhängig gemachten Spruchverfahren wurde entschieden, daß die Arbeiter nicht werksbeurlaubt, sondern tatsächlich arbeitslos seien und dem Arbeitsmarkt zur Verfügung ständen. Entscheidend war, daß kein wegen Auftragsmangel entlassener Arbeiter Anspruch auf Wiedereinstellung hatte.

Diesen Anspruch auf Wiedereinstellung erhob aber ausgerechnet das Betriebsratsmitglied von der RGO, Kimonowski. K. wurde im Dezember mit entlassen und später nicht wieder eingestellt. Dagegen erhob er Klage mit der Begründung, er als Betriebsrat habe ohne Zustimmung der Betriebsvertretung nicht entlassen werden können, ganz abgesehen davon, daß die Werksleitung sowieso verpflichtet, ihn wieder einzustellen, denn es liege keine endgültige Entlassung vor.

Kein Arbeiter hatte bis dahin einen solchen Anspruch erhoben in der klaren Erkenntnis, daß eine für den einzelnen günstige Entscheidung die notwendige Folge haben mußte, daß das Arbeitsamt an alle wegen Auftragsmangel entlassenen Arbeiter keine Unterstützung mehr zahlen werde. Anders der RGO-Mann. Ihm war das Schicksal der Belegschaft schnuppe. In dem Augenblick, wo er wirklich einmal Solidaritätsgefühl beweisen sollte, zeigte sich dieser „Revolutionär“ als ganz ordinärer Egoist. Und solche Leute wagen es, bewährte Funktionäre der freien Gewerkschaften, die stets sich ungeachtet persönlicher Nachteile für ihre Kollegen einsetzen, des Verrats der Arbeiterinteressen zu bezichtigen. Die Klage des „revolutionären“ Betriebsrates wurde, wie gar nicht anders zu erwarten, abgewiesen. Die Belegschaft wird jetzt zu der Erkenntnis gekommen sein, was sie nicht mehr zum Betriebsrat wählen darf, wenn sie sich vor Schaden bewahren will. wng.

## Ein 96jähriger Kämpfer

In Kiel lebt der Metallarbeiter Johannes Flinker, dessen 96. Geburtstag kürzlich gefeiert wurde. Er gehört der Arbeiterbewegung seit 1865 an. Am 14. Oktober 1869 wählte ihn die Gewerkschaft der Hand- und Fabrikarbeiter in Neumünster zu ihrem Bevollmächtigten. Das blieb nicht geheim. Schon vier Tage später wurde er von seinem Unternehmer entlassen. Er siedelte nach Kiel über und bekam auf der damaligen Norddeutschen Werft Arbeit. Ein Jahr später stellte ihn die Kaiserliche Werft ein. 1876, als die Howaldt-Werft in Kiel gegründet wurde, bekam F. dort Arbeit. Nach der Reichstagswahl von 1877 wurde unser Freund schon wieder brotlos. Seine Entlassung erfolgte, weil er — zur Wahl gegangen war. Mit ihm gingen 30 Mann aus demselben Grunde. Wieder kam er zur Kaiserlichen Werft. Er sollte einen Revers unterschreiben, daß er sich nicht an der Arbeiterbewegung beteilige. F. weigerte sich, und die Folge war, daß er wieder auf die Straße lag. So pendelte er von Werft zu Werft. Immer verzweifelt und als ehrlicher Kampfgenosse gemüßregelt. Er hat sich immer treu und redlich durchgeschlagen und ist der Bewegung keinen Augenblick untreu geworden. 1908 konnte keine privatkapitalistische Unternehmung die Arbeitskraft unseres Freundes mehr gebrauchen, so daß die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung sich des nunmehr 72jährigen Genossen annahm und ihn mit kleineren Arbeiten beschäftigte. Erst als er fast 90 Jahre alt geworden war, hat er diesen Posten verlassen und sich zurückgezogen. Vor wenigen Jahren hat er seine Frau verloren, die ihm treu zur Seite gestanden hat. Noch heute ist Flinker Mitglied des DMV und der SPD. Er ist geistig sehr rego und nimmt an allen politischen Geschehnissen rege Anteil. Für seinen — hundertsten Geburtstag hat er heute schon den Fotografen bestellt. Hoffen wir, daß es ihm möglich wird, das für Proleten so ungewohnte Alter von 100 Jahren zu erreichen.

## Jubilare in Lüneburg

Zur Jubilareier am 7. Mai hatten sich die Kollegen in Lüneburg mit ihren Angehörigen recht zahlreich eingefunden. Galt es doch, nicht weniger als 48 Kollegen zu ehren für eine Mitgliedschaft von 25 und mehr Jahren. Als im Jahre 1906 die Kollegen des Kiessigen Eisenwerkes angepersert wurden und ein harter Kampf um Verbesserung der Arbeitsbedingungen geführt werden mußte, da zeigte es sich so recht, welche starke Stütze der Verband war, und wie viele Kollegen erwarben damals die Mitgliedschaft. So wurde denn auch hier wie anderswo die Mitgliedschaft und damit die Stärke des Verbandes. In seiner Ansprache an die Jubilare und an die Mitglieder mit ihren Angehörigen zeigte der Bezirkssekretär Hubner, Hamburg, wie auch in dieser Zeit der schwarzen Krise der Verband allen

## Vom Vorstand

Telegrammanschrift: Metallvorstand Berlin  
Fernsprecher: Dönhoff 6750-6753

Mit Sonntag, dem 5. Juni, ist der 24. Wochenbeitrag für die Zeit vom 5. bis 11. Juni 1932 fällig.

Häufig werden Anfragen oder Beschwerden einzelner Mitglieder an den Vorstand gerichtet über Angelegenheiten, die ihre Erledigung leicht durch die zuständige Ortsverwaltung finden können. Meistens ist diesen Umständen ein Ausweis über die Mitgliedschaft nicht beigefügt, der unbedingt erforderlich ist, wenn auf eine Beantwortung gerechnet wird. Die Mitglieder sollen sich stets zunächst an die Ortsverwaltung wenden.

Mitglieder, die auf die Reise gehen oder den Arbeitsort wechseln, haben sich bei der Verwaltungsstelle ihres bisherigen Aufenthaltsortes unter Vorlage des Mitgliedsbuches abzumelden. Mitgliedsbücher, die diese Abmeldung nicht enthalten, können von keiner Verwaltungsstelle zur Anmeldung entgegengenommen werden, auch darf auf solche Mitgliedsbücher kein Reisegeld ausbezahlt werden. Bei Übersendung des Mitgliedsbuches an die frühere Verwaltungsstelle zum Zwecke der Abmeldung ist stets Rückporto beizulegen, auch dann, wenn diese Übersendung durch eine Verwaltungsstelle erfolgt. Die Portokosten gehen zu Lasten des betreffenden Mitgliedes.

## Gestohlen wurde:

Mitgliedsbuch Nr. 6 220 575, lautend auf den Dreher Andreas Treubert, geb. am 4. März 1908 zu Linden bei Markt-Erlbach. (Nürnberg.)

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Vorstandsvorsitz

## Verbandsanzeigen

Erfurt, Regensburg: Lokalgeschenke werden nicht mehr bezahlt.

## Zur Abgeordnetenwahl des Verbandstags

Wir machen hiermit nochmals auf die Wichtigkeit der Wahl der Abgeordneten zum Verbandstag in Dortmund aufmerksam und empfehlen rege Beteiligung.

Die Wahl findet in den Wahlabteilungen, die nicht von dem durch die Wahlordnung eingeräumten Recht der Wahl der Abgeordneten in Vertreterversammlungen mit zwei Drittel Mehrheit Gebrauch gemacht haben oder in den aus mehreren Verwaltungsstellen gebildeten Wahlabteilungen eine Urwahl nicht stattzufinden braucht, weil nur ein Vorschlag eingereicht wurde,

am Sonntag, dem 26. Juni 1932,

in der Zeit von 10 bis 16 Uhr statt.

Ist auf Antrag eine andere Wahlzeit durch die zuständige Bezirksleitung oder dem Vorstand festgesetzt worden, so gilt diese Zeit, die den Mitgliedern örtlich entsprechend bekanntgemacht worden ist.

Ferner weisen wir noch darauf hin, daß wahlberechtigt nur solche Mitglieder sind, die am Tage der Wahl dem Verband mindestens 13 Wochen angehören und für diese Zeit ihre Beiträge bezahlt haben. Wer am Tage der Wahl mehr als 6 Wochen mit den Beiträgen im Rückstand ist, scheidet damit aus dem Verband aus und ist zur Stimmabgabe nicht mehr berechtigt (§ 35 Abs. 2 und § 21 Abs. 1 a des Statuts).

Zur Beachtung. In der obigen Mitteilung in der vorigen Nummer der MZ. hieß es bezüglich der Wahlzeit: „in der Zeit von 10 bis 14 Uhr“. Es muß natürlich heißen: „in der Zeit von 10 bis 16 Uhr“.

Kollegen eine starke Stütze ist. Große Summen Geldes fließen als Unterstützungen an die Mitglieder zurück. Festes Zusammenhalten sei notwendig, damit wir auch jetzt den Verband stark erhalten. Den Jubilaren sagte er Dank für die Treue, die sie gehalten, und auch den Frauen, die mit dem kargen Lohn haushalten müssen, gebühre Dank und Anerkennung dafür, daß sie trotz allem und unter großen Opfern den Beitrag für den Verband doch immer bereit gehalten hätten. Die Jugend müsse so mitarbeiten, und sich so schulen, daß, wenn ein alter Kollege und Funktionär ausscheiden müsse, sie dann an seine Stelle treten könne. In das Hoch auf die Jubilare und den DMV stimmten alle begeistert ein. Im Namen der Jubilare dankte der Kollege Büchner für die Ehrung. Nach der Jubilarehrung, die von Musikstücken und einem lustigen Theaterstück umrahmt war, hielt ein Tänzchen die Alten wie die Jungen noch einige Stunden beisammen.

## Schwerbeschädigtenschutz und Arbeitskampf

Schwerbeschädigte sind, wenn sie wegen eines Arbeitskampfes entlassen wurden, nach Beendigung des Arbeitskampfes wieder einzustellen. (§ 13 Abs. 3 des Schwerbeschädigten-Gesetzes.) Für die Anwendung dieser Vorschrift ist es gleichgültig, ob es sich um einen wirtschaftlichen oder einen politischen Streik handelt. Gleichgültig ist es auch, ob es sich um einen gewerkschaftlichen oder einen sog. wilden Streik handelt. Der Gesetzgeber hat, durch den § 13 Abs. 3 die Schwerbeschädigten für die Dauer des Streiks „neutralisieren“ wollen, damit sie mit Rücksicht auf ihre durch die körperliche Beschaffenheit bedingte besondere Lage der Verpflichtung entbunden seien, für oder wider den Streik Stellung zu nehmen. (RAG 187/31.)

## Amtsenthaltung eines Betriebsrates und Wiederwahl

Wird ein Betriebsratsmitglied wegen gröblicher Verletzung seiner gesetzlichen Pflichten seines Amtes enthoben, so wirkt diese Enthebung nur für die Amtsperiode, für die das Betriebsratsmitglied gewählt war. Wenn das Betriebsratsmitglied während des arbeitsgerichtlichen Verfahrens (insbesondere während des Rechtsbeschwerdeverfahrens) wiedergewählt wird, so hat die Amtsenthaltung auf diese Wiederwahl keine rechtliche Wirkung. Die durch die Amtsenthaltung abgesprochenen Rechte beziehen sich nur auf solche, die aus einer früheren Wahl erwachsen sind. (RAG RB 86/31 vom 12. 12. 1931.)

# Anträge zum Verbandstag in Dortmund

Fortsetzung von Seite 134.

Kaufkraft breiter Massen sinkt tiefer und tiefer herunter, und immer noch nicht ist ein Ende der sozialen Not abzusehen. Es muß endlich dieser furchtbaren Resignierung in der Wirtschaft ein Umschwung gegeben werden.

Nicht mit den Mitteln des Arbeitsdienstes, nicht mit Lohnabbaumaßnahmen und Abbau sozialer Einrichtungen, und nicht mit Experimenten inflationistischer Art kann eine Änderung der Verhältnisse herbeigeführt werden. Einen Weg zur im Augenblick gegebenen Wirtschaftspolitik zeigt der Beschluß des außerordentlichen Gewerkschaftskongresses vom 13. April ds. Js. auf. Der Verbandstag fordert daher die schnellste Durchführung des von dem Gewerkschaftskongreß aufgestellten Programms.

Breslau. Der Verbandstag beauftragt den Vorstand, beim Bundesvorstand des ADGB dahin zu wirken, daß eine große Aktion zugunsten der Arbeitslosen eingeleitet wird. Falls die anderen Gewerkschaften dazu nicht bereit sind, hat der DMV allein eine gut vorbereitete, organisierte Demonstration im ganzen Reich zu gleicher Zeit mit den Arbeitslosen und Betriebsarbeitern der Metallindustrie durchzuführen.

Durch die Demonstration soll die Durchführung des Art. 163 der Reichsverfassung, der besagt: „Jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben. Soweit eine angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt“, gefordert und erzwungen werden. Die Demonstration soll durch schärfere Kampfmittel gesteigert werden gegen jede weitere Verschlechterung der Arbeitslosenunterstützung.

Freiburg i. Schl., Halle a. S. Die Einführung der vierzigstündigen Arbeitswoche und des Siebenstundentages mit vollem Lohnausgleich ist mit allen Mitteln des Kampfes anzustreben.

Halle, Merseburg, H. Hilker u. Gen., Vegesack. Jede Einführung des Krümpersystems wird abgelehnt. — Der DMV organisiert den Massenkampf gegen das Krümpersystem.

Leipzig. Die außerordentliche Wirtschaftskrise mit der sich ständig steigende Zahl von Erwerbslosen fordert gebieterisch die Verkürzung der Arbeitszeit. Bereits auf dem 14. Gewerkschaftskongreß im September 1931, wie dem 15. außerordentlichen Gewerkschaftskongreß im April 1932, wurde die Forderung der Gewerkschaften auf Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden wöchentlich festgelegt und die Durchführung von der Reichsregierung gefordert. Trotz der Zusage des Vertreters der Reichsregierung, eventuell auf dem Verordnungswege dem Verlangen der Gewerkschaften Rechnung zu tragen, ist nicht das geringste in dieser Richtung geschehen. Arbeitszeiten bis zu 60 Stunden wöchentlich sind auch heute noch keine Seltenheit.

Der Verbandstag beschließt deshalb: Der Vorstand des DMV wird beauftragt, gemeinsam mit dem Bundesvorstand des ADGB die Festlegung der vierzigstündigen Arbeitswoche von der Reichsregierung zu fordern. Lehnt die Regierung die Erfüllung dieser Forderung ab, so ist die Arbeitszeitverkürzung unter Einsatz aller verfügbaren Mittel zu erzwingen.

Limburg a. L. Der Verbandstag des DMV fordert von der Reichsregierung: Daß auch die Metallindustrie in die vierzigstündige Arbeitswoche einbezogen wird.

Opladen, Pasewalk, Torgelow, und sinngemäß gleichlautend: K. Berleth u. Gen., Eisenach, R. Döbel u. Gen., Jena, W. Hellmann, Essen, A. Heizenröder u. Gen., Mainz. Die außerordentlich große Arbeitslosigkeit macht die Einführung des Siebenstundentages, der Vierzigstundenwoche mit vollem Lohnausgleich zur gebieterischen Notwendigkeit. Der Verbandstag beauftragt den Vorstand, unverzüglich alle Mittel bis zum Einsatz des letzten Kampfmittels der Organisation, des Streiks, anzuwenden, um die Durchführung der vorgeschlagenen Verkürzung der Arbeitszeit zu erzwingen und gleichzeitig durch Einstellungszwang die Arbeitslosigkeit erheblich herabzumindern.

Stettin. Der Verbandstag verpflichtet den Vorstand, im Verein mit der gesamten Arbeiterbewegung, in noch stärkerem Maße als bisher für eine Verkürzung der Arbeitszeit einzutreten. Um dem Sinken der Kaufkraft Einhalt zu gebieten, ist für die Verkürzung der Arbeitszeit der volle Lohnausgleich zu fordern.

Suhl, sinngemäß auch Ruhla sowie B. Gase, Jena. Zur Arbeitsbeschaffung ist folgendes zum Beschluß zu erheben:

1. Um eine erfolgreiche Arbeitsbeschaffung zu ermöglichen, weitere Betriebsstillegungen und die Kapitalflucht zu verhindern, ist der Kampf für den sozialistischen Ausweg aus der Krise und damit die Einleitung der sozialistischen Umgestaltung der Wirtschaft durch den Kampf für die Kontrolle der Produktion, durch Organe der Arbeiter und Angestellten aufzunehmen.

2. Als Höchstarbeitszeit gilt die gesetzliche 40-Stunden-Woche. Für gesundheitsschädliche Betriebe und für Jugendliche und Frauen die 36-Stunden-Woche. Jede Verkürzung der Arbeitszeit muß unter vollem Lohnausgleich erfolgen.

3. Durchführung von Arbeitsbeschaffung durch Wohnungs-, Straßen- und Kanalbauten, Bau von Schulen, Krankenhäusern und Badeanstalten.

4. Die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung erfolgt durch Streichung aller Ausgaben für Rüstungszwecke und Kirche und der Rückzahlung der bewilligten Subventionen und der gestundeten Steuern; durch Kürzung aller Gehälter und Pensionen, die den Betrag von 500 M monatlich übersteigen; durch Einstellung aller Zahlungen an die Fürsten und Standesherren und durch Enteignung ihres Besitzes; durch Belastung der Besitzenden durch progressiv gesteigerte Vermögens-, Einkommens- und Erbschaftssteuer.

5. Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion durch Beseitigung aller Zölle und Einfuhrbeschränkungen für Produkte der Sowjetunion zur Erleichterung der Bezahlung der Aufträge; Verwendung der Sowjetaufträge zur Ingangsetzung stillgelegter Betriebe unter Kontrolle der Arbeiter und Gewerkschaften.

Velbert, sinngemäß auch Wittenberg. Der Verbandstag beauftragt den Vorstand, von der Reichsregierung zu fordern, daß mit größter Beschleunigung die gesetzliche Arbeitszeit auf wöchentlich 40 Stunden herabgesetzt wird.

Die freierwerbenden Arbeitsstellen sind durch Einstellungszwang neu zu besetzen. Die Genehmigung von Überstunden durch die Gewerbeaufsichtsämter ist nur unter besonderen Umständen zulässig.

Die Strafbestimmungen für die Überschreitung der gesetzlichen Arbeitszeit sind zu verschärfen, damit das Überstundenunwesen beseitigt wird. Die Schlichterbehörden sind anzuweisen, daß Schiedssprüche mit über die gesetzliche Arbeitszeit hinausgehenden Arbeitszeiten zu unterbleiben haben.

Theod. Berns, Essen. Der Verbandstag fordert vom Vorstand endlich durchgreifende Maßnahmen mit dem ADGB und der SPD zur Durchführung der 40-Stunden-Woche.

G. Brauer, Kiel. Solange die furchtbare Arbeitslosigkeit anhält, hat der DMV mit aller Entschiedenheit eine regelmäßige, befristete Auswechslung der Betriebs-Belegschaften mit Kru- und Fu-Empfängern zu verlangen und zu betreiben.

Dem ADGB soll vorstehender Antrag auch bei Nichtannahme sinngemäß als Material überwiesen werden, um schnellstens von der Reichsregierung für alle Betriebe einen dahingehenden Gesetzesbeschluß zu fordern.

K. Bergmann u. Gen., Gröna; K. Berleth u. Gen., Eisenach; G. Bräutigam u. Gen., Schmölln; R. Märksch,

Brandenburg; A. Schmid u. Gen., Ludwigsburg. Um die Einführung des Arbeitsdienstes, um weiteren Lohnabbau und die Vernichtung der Erwerbslosenversicherung gemäß den Plänen der Reichsregierung zu verhindern, fordert der Verbandstag die Arbeiter jeden Betriebes und jeder Stempelstelle auf, über jede trennende Organisationszugehörigkeit hinweg die rote Einheitsfront zu schaffen und durch den gemeinsamen Kampf aller Arbeiter die Angriffe des Kapitals und der Regierung unter Führung von selbstgewählten Kampforganen zurückzuschlagen.

Um eine wirksame Finanzierung der Arbeitsbeschaffung zu ermöglichen, fordert der Verbandstag eine verschärfte Besteuerung der Kapitalisten in Form

1. einer einmaligen Besteuerung aller Vermögen über 100 000 Mark mit 20 vH und Einführung einer Sondersteuer für die hohen Einkommen über 50 000 M im Jahr von 20 vH;
2. eine Besteuerung aller Dividenden und Tantiemen mit 20 vH;
3. Streichung aller Subventionen an die Banken und die Privatindustrie und die Verwendung dieser Gelder für die Arbeitsbeschaffung;
4. Streichung aller Zuwendungen an die ehemaligen Fürstenthümer;
5. Kürzung aller hohen Gehälter auf 8000 M und der Pensionen auf 6000 M;
6. Streichung aller Zuwendungen des Staates an Kirchen, religiöse und andere arbeiterfeindliche Organisationen;
7. Streichung der Ausgaben für Militär und militarisierte Polizei;
8. Restlose Verwendung der Hauszinssteuer für den Bau billiger Arbeiterwohnungen.

B. Großkopf, Höchst a. M. Der Verbandstag beschließt sofortige Maßnahmen gegen die Verelendung der Arbeiterschaft. Als wichtigstes Mittel zur Erreichung dieses Zieles sind die Metallbetriebe streikfertig zu machen für folgende Forderungen:

1. Lohnerhöhung von 20 vH,
2. 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich,
3. Verbot jeglicher weiterer Entlassungen,
4. Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß.

Der Kampf für diese Forderungen ist im Rahmen mit den übrigen Gewerkschaften des ADGB zu führen, jedoch darf er an deren Haltung nicht scheitern.

A. Lieberasch u. Otto Stein, Leipzig. Eine ungeheure Krise erschüttert die kapitalistische Gesellschaft der ganzen Welt. Selbst die bürgerliche Statistik gibt 32—35 Millionen Erwerbslose in den Ländern zu, wo eine Zählung oder Schätzung möglich ist. Diese Krise des Kapitalismus wächst noch weiter, die Erwerbslosigkeit wird für Millionen zu einem Dauerzustand, zum „Beruf“. Trotzdem drängen die Unternehmer zu einer dauernd höheren Arbeitszeit und zwingen mit Hilfe der ungeheuren Not die Arbeiter noch zu Überstunden. Hier müssen die gewerkschaftlichen Organisationen mit allen Mitteln für eine Verkürzung der Arbeitszeit sorgen. Obwohl zur Unterbringung der Erwerbslosen bereits eine 30-Stunden-Woche nötig wäre, muß alle Kraft eingesetzt werden, um wenigstens als erste Etappe zur 40-Stunden-Woche zu kommen. Die Bezahlung ist so niedrig für alle Arbeiter, daß dabei auf keinen Fall auf den vollen Lohnausgleich verzichtet werden kann.

Der 20. Verbandstag des DMV beschließt deshalb: Der Vorstand wird beauftragt, sofort alle Maßnahmen zu treffen, damit die Einführung der 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich in der Metallindustrie erzwungen wird.

Der Verband muß von den Parteien der Arbeiterklasse im Reichstag die Einbringung eines Initiativantrages zur Einführung der gesetzlichen 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich verlangen.

Bei allen Verhandlungen mit den Unternehmern müssen die Vertreter des Verbandes die Forderung der sofortigen Einführung der 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich stellen. Zur Durchsetzung der Forderung muß vom Mittel des Streiks Gebrauch gemacht werden.

Zur Unterstützung dieser Aktion des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes muß sich der Vorstand an den ADGB und an die Vorstände der übrigen Gewerkschaften wenden und von ihnen dasselbe zur Durchsetzung der 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich verlangen.

F. Heermann, Elsterwerda, sinngemäß auch K. Marau, Berlin, A. Fleischer u. Gen., Suhl. Der Verbandstag beschließt, die Kampfaktionen der Erwerbslosen zu den eigenen zu machen und sich in allen Einheiten des DMV mit allem Nachdruck zu verwirklichen:

1. Ausreichende Unterstützung, unabhängig von jeder Bedürftigkeitsprüfung für alle Erwerbslosen, während der ganzen Dauer der Erwerbslosigkeit.
2. Freie Belieferung mit Gas, Heizung, Elektrizität und Kleidung.
3. Übernahme der Mieten durch Reich und Kommunen während der Erwerbslosigkeit.
4. Freie Lieferung zusätzlicher Nahrungsmittel und Milch für die Kinder.
5. Ablehnung jeglicher Naturalverpflegung an Stelle geldlicher Unterstützung.
6. Bei Erkrankung des Erwerbslosen oder seiner Angehörigen freie ärztliche Behandlung und freie Lieferung jeglicher Arzneimittel.

Erich Hausen, Stuttgart. Alle bisherigen Versuche, aus der Krise einen Ausweg auf dem Boden des kapitalistischen Wirtschaftssystems zu bahnen, haben die Arbeitslosigkeit, Not und Elend für die Arbeiterklasse vermehrt und drohen jetzt mit im Zusammenhang mit der weiteren Zuspitzung der Lage der öffentlichen Finanzen Hunderttausende mit dem Hungertod.

Angesichts dieser Lage macht sich der Verbandstag des DMV folgendes Arbeitsbeschaffungsprogramm zu eigen und verpflichtet sich, alle Kräfte zur Herstellung des außerparlamentarischen Kampfbündnisses der gesamten Arbeiterklasse zur Durchsetzung dieses Programms einzusetzen:

Zur Durchsetzung einer wirklichen Arbeitsbeschaffung, zur Verhinderung weiterer Betriebsstillegungen, zur wirksamen Verhinderung der Kapitalflucht, zur Durchführung eines wirklichen Preisabbaues und zur Anbahnung des sozialistischen Ausweges aus der Krise und der Einleitung der sozialistischen Umgestaltung der Wirtschaft sind folgende Forderungen zu verwirklichen:

1. Durchführung der Kontrolle der Produktion durch Organe der Arbeiter und Angestellten.
2. Im Rahmen des Kampfes um die Kontrolle der Produktion sind Preisausschüsse zu schaffen, die gestützt auf die Massen und ihre Organisationen, unabhängig von den Behörden und gegen sie für den wirklichen Preisabbau kämpfen.
3. Bei Stilllegung von Betrieben ist der Kampf um ihre Weiterführung unter Kontrolle der Arbeiter und Angestellten und mit Hilfe von staatlichen Krediten notwendig.
4. Einführung der gesetzlichen 40-Stunden-Woche als Höchstarbeitszeit, für gesundheitsschädliche Betriebe und für Jugendliche und Frauen die 36-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich;
5. Großzügige Arbeitsbeschaffung durch Wohnungs-, Straßen- und Kanalbauten in Stadt und Land, Bau von Krankenhäusern, Schulen, Badeanstalten, Sportplätzen usw. unter Ablehnung

des Arbeitsdienstes und Sicherung der tariflichen und arbeitsrechtlichen Bestimmungen für die bei solchen Arbeiten beschäftigten Arbeiter.

6. Beschaffung der Mittel durch Streichung aller Ausgaben für Reichswehr, Polizei, Kirche, Fürsten. Kürzung aller Gehälter über 600 M im Monat, Einstellung der Pensionszahlungen an ehemalige Offiziere, Minister und höhere Beamte. Belastung der Besitzenden durch progressive Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuer, Rückgängigmachung aller Steuererstattungen und Geschenke an die Besitzenden, Rückzahlung der Subventionen an die Besitzenden, andernfalls entschädigungslose Enteignung.

7. Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion zur Unterstützung des sozialistischen Aufbaus in Rußland und zur Arbeitsbeschaffung in Deutschland;

a) zu diesem Zweck Beseitigung aller Zölle und Einfuhrbeschränkungen für Produkte der Sowjetunion (Erdöl, Getreide, Futtermittel, Holz usw.) zur Erleichterung der Bezahlung der sowjetrussischen Aufträge;

b) Verwendung der Sowjetaufträge zur Ingangsetzung stillgelegter Betriebe unter Kontrolle der Arbeiter und Gewerkschaften. Subventionierung solcher Betriebe durch den Staat.

A. Schmid u. Gen., Ludwigsburg. Der Verbandstag beschließt die Einführung der vierzigstündigen Arbeitswoche und des 7-Stundentages mit vollem Lohnausgleich. Bei Abschluß neuer Arbeitszeitbedingungen ist diese Forderung, gegen die sich die Unternehmer mit allen Kräften wehren, durch Streik zu erkämpfen.

## Arbeitsdienstpflicht

Halle, sinngemäß auch A. Burstein, Berlin, Riedler und Fleischer, Suhl. Arbeitsdienst, freiwillig oder Pflicht, ist in jeder Form abzulehnen und mit allen Mitteln des Kampfes zu verhindern. Gegen den Arbeitsdienst ist der schärfste ideologische Kampf, besonders in der Metallarbeiter-Zeitung, zu führen, und in den Fällen, wo der Arbeitsdienst bereits durchgeführt wird, ist mit allen organisatorischen Mitteln für tarifliche Entlohnung und geregelte Arbeitszeit einzutreten.

Leipzig. Der Verbandstag fordert, daß der Bundesvorstand des ADGB mit dem Vorstand der SPD alles einsetzt, um die Arbeitsdienstpflicht und den freiwilligen Arbeitsdienst zu beseitigen.

Der wirkliche Zweck der Arbeitsdienstpflicht ist, die Jugend im Sinne des früheren Militarismus zu beeinflussen.

Der freiwillige Arbeitsdienst bringt keine Verminderung der Arbeitslosen, stellt aber eine große Gefahr für die Gestaltung der Löhne dar. Um so mehr, da durch den freiwilligen Arbeitsdienst nicht nur gemeinnützige zusätzliche Arbeiten ausgeführt werden, sondern die damit Beschäftigten zum normalen Straßen- und Häuserbau verwendet werden. Eine tarifliche Entlohnung kommt dafür nicht in Frage, von einer Entlohnung kann überhaupt nicht gesprochen werden, da für diese Arbeit zum großen Teil nur die Fürsorgesätze bezahlt werden.

Wolfenbüttel, sinngemäß Wittenberg. Der Verbandstag erklärt seine grundsätzliche Gegnerschaft zum freiwilligen Arbeitsdienst und wird allen Anfängen zu demselben wehren.

K. Brandel, Stuttgart. Der Verbandstag wolle in der Frage der Arbeitsdienstpflicht und des „Freiwilligen Arbeitsdienstes“ wie folgt beschließen:

Alle Bestrebungen auf Einführung der gesetzlichen Arbeitsdienstpflicht und die von der Regierung geplante Erweiterung des „Freiwilligen Arbeitsdienstes“ auf der Grundlage der am 5. Juni 1931 erlassenen Notverordnung, müssen entschiedensten Widerstand finden. Der Verbandsvorstand wird darum beauftragt, durch die Organisation und Presse des DMV folgende Forderungen zu erheben und darüber hinaus seinen Einfluß in den Verbänden des ADGB dahingehend geltend zu machen, daß diese Forderungen zur Grundlage des Kampfes aller ADGB-Verbände werden:

1. Die Beschäftigung in einem Arbeitslager begründet ein Arbeitsverhältnis im Sinne des Arbeitsrechts.
2. Angleichung der Löhne der Arbeitsdienstler an die Tariflöhne der betreffenden Berufsgruppen.
3. Alle arbeitsrechtlichen Sicherungen und Vorschriften der Sozialversicherung haben auch für den Arbeitsdienstler Geltung.
4. Aus der Arbeit im Arbeitslager erwächst neuer Anspruch auf Erwerbslosenversicherung.
5. Der Arbeitsdienstler hat das Recht zur Wahl einer Betriebsvertretung.

## Berufs- und Betriebs-Konferenzen Statistische Erhebungen

Berlin. Der Vorstand wird beauftragt, baldmöglichst eine Reichskonferenz der Schweißer einzuberufen. Auf dieser Konferenz sind die Fragen der Berufsausbildung, Prüfung und Unfallverhütung zu behandeln.

Gelsenkirchen. Es ist baldmöglichst eine Konferenz der Metallschleifer zur Wahrung ihrer Berufsinteressen einzuberufen.

Rostock. Der Vorstand wird beauftragt, sofort eine Reichskonferenz für die Flugzeugbranche einzuberufen.

W. Mauche u. Gen., Leipzig. Für alle Metallbetriebe, in denen Kriegsmaterial hergestellt wird, ist sofort eine Konferenz einzuberufen, zu dem Zweck, Beschlüsse zur Verhinderung der Herstellung von Kriegsmaterial zu fassen.

F. Wiedehöft, Nowawes-Potsdam. Der Vorstand wird ersucht, Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der am Baugewerbe interessierten Metallberufe zu veranstalten und die Ergebnisse in geeigneter Weise zu veröffentlichen.

## Betriebsrätefragen

Suhl. Der Verbandstag beauftragt den Vorstand, beim Bundesvorstand des ADGB die Einberufung eines Reichsbetriebsräte-Kongresses zu veranlassen.

Die zugesparten politischen Verhältnisse, der ständige Abbau der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterschaft erfordern, daß sofortige Maßnahmen ergriffen werden, die geeignet sind, die Schlagkraft der Arbeiter zu erhöhen. Auf dem Kongreß sollen die besten Kampfmethoden beraten werden, die die Arbeiterschaft befähigen, gegen die Arbeitslosigkeit, für die Einführung der gesetzlichen 40-Stunden-Woche, für die Erweiterung der Rechte der Betriebsräte, im Hinblick auf die Massenentlassungen und die sich häufenden Betriebsstillegungen und andere wichtige sozialpolitische Forderungen, einen erfolgreichen Kampf zu führen.

Velbert. In der gegenwärtigen Krisenzeit hat das Unternehmertum die Belegschaftstärke der Betriebe auf den aller-niedrigsten Teil beschränkt. Bei Erkrankungen erfolgt in der Regel die Entlassung der Erkrankten und die Wiederbesetzung der freigewordenen Stellen. In vielen Fällen werden auf diese Weise Betriebsratsmitglieder auf Grund des § 123 Abs. 8 GO fristlos entlassen. Diese Gesetzesbestimmung wird somit zu einer Maßregelungsbestimmung für Betriebsvertretungsmitglieder und hebt den Schutz des § 96 BRG auf. Der Verbandstag fordert deshalb von den gesetzgebenden Körperschaften die Aufhebung des § 123 Abs. 8 GO.

(Fortsetzung auf der nächsten Seite.)

BANK UND SPARKASSE ALLER ARBEITNEHMER



IST DIE

BANK DER ARBEITER, ANGESTELLTEN UND BEAMTEN, &

BERLIN

Zentrale: S 14, Mährisches Ufer 32 und Wallstraße 62, 65
Depositenkasse: SW 69, Lindenstr. 3
Filialen: Bochum, Vitoriastr. 46. Braunschweig, Oelschlägerstr. 29. Bremen, Nordstr. 43. Breslau, Margaretenstr. 17. Dortmund, Münsterstraße 53. Dresden, Maxstraße 17. Essen, Huyssenallee 82. Frankfurt a. M., Bürgerstr. 69-77. Hamburg, Besenbinderhof 59. Hannover, Nikolaistr. 10. Köln a. Rh., Severinstr. 230. Leipzig, Zeitzer Str. 28. Liegnitz, Bismarckstr. 4. Lübeck, Königstr. 106. Magdeburg, Gr. Münzstr. 2. München, SO 7, Pestalozzistr. 40-42. Saarbrücken, Brauerstr. 6. Stuttgart, Kronenstr. 24.

Anträge zum Verbandstag in Dortmund

Fortsetzung von Seite 137.

Jugend- und Lehrlingsfragen a) Agitation und Bildung

Düsseldorf. An der Schule in Dürrenberg sind jährlich mindestens fünf Kurse für jugendliche Metallarbeiter einzurichten. Die Dauer dieser Kurse soll drei bis vier Wochen betragen. Zu den Jugendkursen soll eine Fernvorbereitung eingerichtet werden, die von ehemaligen Schülern der Dürrenberg-Schule durchgeführt wird nach einem aufgestellten Plan der Schulleitung.

Leipzig. Von den Organisationen der verschiedensten Bestrebungen wird die Agitation unter der Jugend schärfer als je betrieben. Auf Grund der den Gewerkschaften gestellten Aufgaben in bezug auf jugendliche Arbeiter und den beruflichen Nachwuchs muß die Organisation der Werbung unter der Jugend erhöhte Aufmerksamkeit schenken. Dabei ist ein Erfahrungsaustausch der einzelnen Verwaltungsstellen und gewisse Einseitigkeit in der Jugendarbeit unerlässlich.

Der Verbandstag beschließt deshalb: In jedem Bezirk unserer Organisation wird alljährlich zu Beginn des zweiten Halbjahres eine Jugendleiterkonferenz abgehalten, die sich mit den Fragen der Agitation und der Jugendarbeit zu befassen hat.

Velbert. Um in dieser Krisenzeit auch weiterhin erfolgreich für den DMV wirken zu können, ist eine intensive Zusammenarbeit der Jugendgruppen innerhalb des Verbandes erforderlich. Der Verbandstag beschließt deshalb, alle Jugendgruppen des DMV sind im Bezirke organisatorisch zusammenzufassen.

R. Döbel u. Gen., Jena, A. Glas, Eisenach, E. Puder, Berlin, K. Wielsch u. Gen., Krenznaich. Die Bedeutung der Jugendlichen in der Produktion ist mit der Verschärfung der wirtschaftlichen Lage im Steigen begriffen. Zehntausende von erwachsenen Kollegen wurden aus den Betrieben herausgerationalisiert, um Jungarbeitern und Lehrlingen Platz zu machen. Die steigende Rolle der Jugendlichen in der Produktion, die wachsende Radikalisierung der Arbeiterjugend findet ihren Widerhall nicht im Verbandesleben und wird unterdrückt. Hier sind immer noch Jugendleitungen, die den Anforderungen, welche die Jugendlichen an sie stellen, nicht gerecht werden. Hier sitzen Jugendleiter von mehr als 40 Jahren, die nicht die Sprache der Jugendlichen sprechen und nicht wissen, wo den jungen Kollegen der Schindrückt.

Deshalb beschließt der Verbandstag: Die Jugendkommissionsleitungen bei den Ortsverwaltungen sind durch Jugendmitglieder selbst zu wählen.

Der DMV hat nichts unternommen, um die Jugendlichen im Kampfe zu stählen und die Organisation und Führung der Streikämpfe der Jugendlichen durch die Einsetzung der Jugendlichen zum Kampfe für ihre Forderungen zu erreichen.

Die Einreihung der Lehrlinge in die Tarifverträge der Metallindustrie bleibt eine Phrase, wenn wir nicht die Organisation des Streiks der Jugendlichen gemeinsam mit den erwachsenen Kollegen um die Durchsetzung dieser Forderungen stellen.

Der Verbandstag beschließt deshalb: Um die Geschlossenheit der Arbeiterschaft herzustellen und die Jugendlichen und Lehrlinge im Kampfe um ihre eigenen Forderungen zu stählen, sind diese in alle Kampfbewegungen der Arbeiter einzubeziehen.

b) Gesetzliche Bestimmungen für Jugendliche

Leipzig, Schwerin. Da das Berufsausbildungsgesetz in absehbarer Zeit nicht verwirklicht werden wird, die Verhältnisse in der Lehrlingshaltung und Ausbildung, aber beschleunigte Maßnahmen erfordern, beauftragt der Verbandstag den Vorstand, sich mit allen Mitteln für folgende Änderung der Gewerbeordnung einzusetzen:

§ 126 der GO wird folgender Wortlaut vorangestellt: Die Befugnisse zur Haltung von Lehrlingen steht nur solchen Personen zu, die in dem betreffenden Berufe die Meisterprüfung abgelegt haben oder zur Ausbildung der Lehrlinge Fachkräfte beschäftigen, die den Nachweis der abgelegten Gehilfenprüfung nach § 131 GO erbringen.

§ 127 a der GO wird dahin abgeändert, daß an Stelle des Absatzes 2 folgender Wortlaut gesetzt wird: Das Recht der körperlichen Züchtigung steht weder dem Lehrherrn, noch dem mit der Ausbildung Beauftragten zu.

In § 127 b Absatz 3 ist unter Ziffer 1 die Zahl 3 zu streichen, so daß dieser Satz künftig heißt:

1. Einer der im § 124 unter Ziffer 1 bis 5 vorgesehenen Fälle vorliegt.

In § 127 d bleibt nur der erste Satz bestehen.

Leipzig. Der Verbandstag wolle beschließen: Der Vorstand wird beauftragt, beim Reichsarbeitsministerium eine Verordnung zu erwirken, nach der bestimmt wird, daß Aufräumungs- und Reinigungsarbeiten nicht im Sinne des § 4 Abs. 1 und 2 der Arbeitszeitverordnung ausgelegt werden können. Es ist nicht gestattet, die Lehrlinge über die normale Arbeitszeit hinaus zu beschäftigen. Die Gewerbeaufsichtsämter sind dementsprechend durch das Reichsarbeitsministerium streng anzuweisen, in diesem Sinne zu wirken und jede Überzeitarbeit für Lehrlinge zu untersagen.

Suhl. In der Praxis hat sich herausgestellt, daß eine Reihe Lehrlinge ihre Rechte beim Arbeitsgericht nicht durchsetzen konnte, weil die Organisation keinen genügenden Einfluß auf Bildung der Innungsausschüsse erlangen konnte. Eine Reihe Fälle zeigt auch, daß überhaupt unterlassen wird, solche Ausschüsse zu bilden, so daß bei vorliegenden Streitigkeiten der Lehrling sein Recht nicht erlangen kann.

Es wird daher beantragt: Der Vorstand wird beauftragt, sich mit aller Entschiedenheit für die Beseitigung des § 111 Abs. 2 des Arbeitsgerichtsgesetzes einzusetzen.

Schwerin. Der Verbandstag wolle den Vorstand beauftragen, durch seine Vertreter im ADGB, in den Länderparlamenten und im Reichstag mit möglicher Beschleunigung den Behaltewang gesetzlich zu verankern.

Der Behaltewang sieht vor, daß der Lehrling nach Beendigung seiner Lehrzeit von seinem Lehrherrn noch mindestens sechs Monate als Geselle weiterbeschäftigt werden muß.

c) Sonstige Angelegenheiten für Jugendliche

Velbert. Der Verbandstag beschließt: Der Vorstand wird beauftragt, dem deutschen Jugendherbergswesen erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken. Er hat innerhalb des ADGB dahin zu wirken, daß bei den Verwaltungen der Herbergen, welche aus Mitteln der Gewerkschaften erbaut werden, die freien Gewerkschaften, ihrem Anteil entsprechend, berücksichtigt werden.

Kriegsrüstungen

Freiburg i. Schl., sinngemäß auch R. Steiner u. W. Rahm, Solingen. Der Kapitalismus unternimmt immer deutlicher den Versuch, die kapitalistische Krise durch einen neuen Krieg zu lösen. Schon jetzt sind die Anzeichen vorhanden, daß Betriebe auch in der Metallindustrie auf Kriegsproduktion umgestellt worden sind.

Um ein neues Blutbad zu verhindern, wolle der Verbandstag beschließen, die Kollegen dieser Betriebe anzufordern, jegliche Produktion für Kriegswecke einzustellen.



Ein abgerundeter Genuß!

GEG

Smarra zu 2 1/2 Pf.

mit und ohne Mundstück

Iris ... zu 3 1/2 Pf.

mit Gold-, Kork- u. ohne Mundst.

Jaka ... zu 3 1/2 Pf.

rund, dick, nur ohne Mundstück

Ihre Erwartungen werden weit übertroffen!

Nur in Ihrem KONSUMVEREIN!

Im Mittelpunkt der kapitalistischen Bestrebungen steht der Kampf gegen die Sowjetunion. Da es im Lebensinteresse aller Arbeiter liegt, daß die Sowjetunion erhalten bleibt, wolle der Verbandstag beschließen, die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu mobilisieren gegen einen imperialistischen Krieg gegen die Sowjetunion, und mit allen Mitteln jeden Versuch der Kapitalisten in dieser Richtung zu verhindern.

Opladen, Suhl, Tambach-Dietharz; K. Bergmann u. Gen., Grina; K. Berleth u. Gen., Eisenach; W. Engelmann, Elsterwerda; A. Gizenöder u. Gen., Mainz; P. Krauter, Berlin; Joh. Syndikus u. Gen., Dortmund; Fritz Trapp, Lüdenscheid. Die Vertreter beim Internationalen Bund der Metallarbeiter werden beauftragt, sofort eine neue Länderkonferenz einzuberufen mit der ausschließlichen Tagesordnung: „Kampf den Kriegsrüstungen der imperialistischen Staaten gegen die Sowjetunion und gegen den Krieg im Fernen Osten.“

B. Großkopf, Höchst a. M., sinngemäß G. Hilker, Vegesack. Der imperialistische Krieg Japans gegen China ist der Beginn eines neuen Weltkrieges, den die vereinigten Imperialisten gegen die Sowjetunion planen. In Erkenntnis dessen verlangt der Verbandstag vom ADGB und IGB sofortige Maßnahmen.

- 1. zur Verhinderung jeglicher Kriegsmaterialtransporte zu Wasser und zu Lande,
2. zur Verhinderung jeglicher Herstellung von Kriegsmaterial. Weiter beauftragt der Verbandstag den Verbandsvorstand, den Betriebsräten der Einflußsphäre des DMV die Verhinderung der Herstellung von Kriegsmaterial zur Pflicht zu machen und gegebenenfalls mit der Waffe des Streiks durchzusetzen.

(Fortsetzung folgt.)

SCHRIFTENSCHAU

„Nach der Nacht der langen Messer, Blicke ins 3. Reich.“ Verlag: Fr. Heine, Berlin SW 68, Lindenstr. 3. Preis 10 Pf. Die Boxheimer Dokumente der Nazis sowie einige bisher unbekannt Schriftstücke werden im Original wiedergegeben. Der Beweis der nationalsozialistischen Korruption und ihrer Mordandrohungen wird erbracht.

Proletärenovellen von Martin Andersen Nexö. Die Bücher Nexös sind keine Zettelscheinung. Sie überdauern ihr Jahrhundert. Das gilt nicht nur von seinen Romanen, sondern auch von seinen Erzählungen. Die Büchergilde Gutenberg hat diesen Band prächtiger Proletärenovellen zum Preis von 2,70 M herausgebracht. Sie hat somit die Martin Andersen Nexö-Volksausgabe fortgesetzt.

Otto Braun. Diese Lebensbeschreibung des preußischen Ministerpräsidenten, mit 15 Bildern illustriert, stammt von Erich Kuttner und ist vom Kettler-Verlag in Leipzig und jeder Buchhandlung zu beziehen. Auf 100 Seiten wird Brauns Aufstieg vom Proletarier zum Staatsmann geschildert. Allen, die das kampfreiche und wechselvolle Leben dieses hervorragenden Sozialdemokraten sowie die früheren Zustände kennen lernen wollen, ist dies Buch sehr zu empfehlen.

Die deutschen Parteien, von Sigmund Kaufmann. Diese 140 Seiten starke Schrift hat die Verlagsgesellschaft des ADGB, Berlin S 14, für die organisierten Arbeiter zum Preise von 2,50 M herausgebracht. Es wird darin das Wesen und der Wandel unser Parteien wissenschaftlich untersucht.

Advertisement for ROTBART and MOND-EXTRA razors. Includes text: 'die neue ROTBART Klinge', 'die Lösung!', 'in dem dazu passenden neuen Rasier-Apparat „Rotbart/Mond Extra“...', 'Die neuen Langlochklippen passen auch auf die Apparate alten Systems...'

Roth-Büchner G. m. b. H. Spezialfabrik für Rasierapparate und Rasierklippen, Berlin-Tempelhof 48

Advertisement for 'Großer Preiswettbewerb! Billige böhmische Bettfedern!' with details about quality and prices.

Advertisement for 'Eisen-Betten' (Iron Beds) with details about construction and price.

Advertisement for 'Elektronen- und Radiotechnik' (Electronics and Radio Technology) with details about courses and prices.

Advertisement for 'Die Neugestaltung des Aktienrechts' (The New Design of the Law of Shares) with details about the book and price.

Advertisement for 'Kollegen! Bestellt die „ENERGIE“' (Colleagues! Order the 'ENERGY') with details about the magazine and price.